Posener Tageblatt



Bezugspreis: In Posen durch **Boten** monatl. 5.50 zł, in den **Ausgabestellen** monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch **Boten** monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł. Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. **Einzelnummer** 0.25 zł mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes", Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 15 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpfg. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für **Anzeigenaufträge:** „Kosmos" Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

71. Jahrgang | Mittwoch, 10. Februar 1932 | Nr. 32.

Gleiches Recht und gleiche Sicherheit

Dr. Brüning zur Abrüstung

(Eigener Bericht)

Der große Tag in Genf brachte heute als den Gipfelpunkt der Spannung die lang erwartete Rede des deutschen Reichskanzlers Dr. Brüning zur Frage der allgemeinen Abrüstung. Der Sitzungssaal ist überfüllt. Die deutsche Delegation und der Kanzler stehen im Mittelpunkt des Interesses. Als die Uebersetzung der Rede Gibsons erledigt ist, betritt der Reichskanzler Dr. Brüning die Rednertribüne. Als er sich von seinem Platze erhebt, braust ihm minutenlang stürmischer Beifall entgegen, der sich bei den verschiedenen Sätzen, die grundlegend sind, wiederholt.

Die Rede des Kanzlers lautet in großen Zügen wie folgt:

„Meine Damen und Herren! Wenn ich in dieser feierlichen Stunde das Wort ergreife, so bin ich mir bewußt, daß diese Zusammenkunft, zu der sich die Regierungen der ganzen Welt vereinigt haben, einen Vorgang von einzigartiger und welthistorischer Bedeutung darstellt. Seit langem hat das deutsche Volk diese Stunde ersehnt.

Die Stunde für die Beratungen ist gut gewählt; denn die Auffassungen der Menschheit sind ohne Zweifel in der Abrüstungsfrage in einem bedeutsamen Wandel zu fortschrittlicheren und veredelten Formen zwischenstaatlichen Denkens und Handelns begriffen. Was bisher als Wunschbild die Geister beschäftigte, soll sich auf dieser Konferenz zum verpflichtenden Gebot des Völkerrechts verdichten. Es soll nicht mehr jedes Land allein über seine Rüstungen bestimmen, sondern die Art und der Umfang der Rüstungen sollen durch gemeinsame Verhandlungen aller Staaten vereinbarlich festgelegt werden. Das Friedenswerk, das mit der Gründung des Völkerbundes eingeleitet werden sollte und durch spätere Akte, wie den Kellogg-Pakt, weitergeführt wurde, ruft gebieterisch nach der Durchführung des Abrüstungsgedankens als seiner naturgemäßen Vollendung und Krönung. Die vereinbarliche freiwillige Abrüstung aller Staaten ist neben der großzügigen und entschlossenen Liquidation der wirtschaftlichen und finanziellen Rechtsbestände des Krieges, die den Wiederaufbau der Welt stören, der wichtigste und dringendste Schritt, um die von der Katastrophe des Weltkrieges in ihrem Lebensmark getroffene Menschheit zu neuer Gesundung und neuem Aufstieg emporzuführen.

Wenn es unserer Generation, der Generation der alten Kombattanten nicht gelingt, ein Bollwerk gegen die Wiederkehr solcher Katastrophen wieder aufzurichten, wie soll es dann den Nachfahren gelingen, die die Verhinderung des Krieges wohl als Ideal, aber nicht so lebendig wie wir als unbedingte Notwendigkeit und Pflicht empfinden werden?

Der Wille zum wahren Frieden, ein Gebot der christlichen Gesinnung, das ist das erste und wesentlichste Erfordernis, das jeder der an dieser Konferenz beteiligten Staaten mitbringen muß, wenn sie einen Erfolg haben soll. Nicht einzelne Personen, nicht Gruppen pazifistischer Träumer, sondern die organisierten Millionen der Kirchen, der Arbeiterschaft und, immer bedeutungsvoll, der Frauen haben ihren Willen, ihr Verlangen klar zum Ausdruck gebracht. Ich bin überzeugt, daß auch jede der hier vertretenen Regierungen wünscht, daß es ihr gelingen möchte, die Lebensziele ihres Landes auf friedlichem Wege zu erreichen.

Daher muß der neue Wille zum Frieden die Verfolgung eines Interesses auf kriegerischem Wege als Mittel der nationalen Politik bewußt außer Rechnung stellen.

Jeder muß mit ehrlichem Gewissen prüfen, wie weit er unter der Voraussetzung einer allgemeinen gleichen Abrüstung aller Staaten seine Rüstungen auf das im Völkerbundspakt vorgesehene Minimum nur irgendwie senken kann. Daher begrüßen wir die Gesinnung, die vor einiger Zeit der leitende Staatsmann einer anderen Großmacht drastisch zum Ausdruck gebracht hat, indem er sich bereit erklärte, sein Land bis auf 10 000 Gewehre abzurüsten, vorausgesetzt, daß keine andere Nation mehr behält. Daher fort mit dem Streben, die eigenen militärischen Kräfte so hoch wie möglich zu halten und die des Nachbarn so viel wie möglich herabzusetzen. Fort mit dem Bestreben, sich selbst mit dieser oder jener Interpretation der Bestimmungen die Möglichkeit militärischer Kraftentfaltung zu sichern und sie anderen zu nehmen. Das ist der Weg, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den heute bestehenden unseligen Zustand des bewaffneten, auf ungleichen Rechten aufgebauten Frieden aufrechtzuerhalten. Denn die Abrüstung ist unbedingt notwendig, um neben anderen bedeutsamen Schritten die unerträgliche Spannung zu beseitigen, die heute lähmend auf der ganzen Welt lastet und die Weltwirtschaft von Tag zu Tag mehr zum Stillstand bringt. Bei allen internationalen Bemühungen um Beseitigung der Not der Gegenwart ist immer und immer wieder in elementarster Form die Erkenntnis zum Ausdruck gekommen, daß die erste Voraussetzung für das Gelingen solcher Bemühungen die Wiederherstellung des Vertrauens ist. Nun, hier haben wir die Gelegenheit, diese Voraussetzung ganz zu erfüllen. Die Abrüstung kann eine Realität schaffen, die das Vertrauen der Völker zu stärken vermag. Die wirtschaftliche Not der Welt beruht im gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos in erster Linie auf den politischen Zahlungen und den übertriebenen ungleichen Rüstungen. Die Welt darf nicht daran zugrunde gehen, daß die Staatsmänner den Mut nicht finden können, die Erkenntnis, die sie in ihrem Innern tragen, entschlossen und einmütig zu verwirklichen. Die Staatsmänner, die hier versammelt sind, tragen zudem eine besondere Verantwortung auf Grund einer der Welt gegebenen feierlichen Zusage.

Ich erinnere daran, daß die Sieger des Weltkrieges bei Vorlegung ihrer Friedensbedingungen ausdrücklich als ihr gemeinsames und feierliches Bekenntnis niedergelegt haben, daß die allgemeine Herabsetzung und allseitige Beschränkung der Rüstungen eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung sei und daher als eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes betrachtet werden müsse. Hierin ist klar zum Ausdruck gebracht, daß die allgemeine Sicherheit die staatliche Sicherheit nicht gefährdet, sondern fördert, daß sie also mit der Verantwortung der Staatsmänner für die Sicherheit des eigenen Landes nicht im Widerspruch steht, sondern im Gegenteil gerade in ihrem Sinne liegt. Läßt nicht überdies der Artikel 8 des Völkerbundspaktes, der die allgemeine Abrüstung vorschreibt, und der für die vor uns liegende Aufgabe das Grundgesetz bildet, die Möglichkeit offen, bei der Bestimmung des Mindestmaßes der Rüstungen jedes einzelnen Staates den Erfordernissen der nationalen Sicherheitsbedürfnisse Rechnung zu tragen.

Es gibt nichts, was uns, die wir hier versammelt sind, von der Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer klaren Lösung für die allgemeine Abrüstung freisprechen könnte. Große und kleine Staaten tragen diese Verantwortung in gleichem Maße; denn das Grundprinzip des Völkerbundes ist die Gleichberechtigung.

Das Deutsche Reich, für dessen Politik ich die Verantwortung trage, ist bereit, an der vor uns liegenden Aufgabe mit ganzer Seele mitzuarbeiten und nach seinen Kräften alles Verantwortbare zu tun, um im Sinne der Verkünder des Abrüstungsgedankens und entsprechend ihren im Völkerbundspakt niedergelegten Grundsätzen diese Konferenz zu einem abschließenden Ergebnis zu führen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung. Deutschland hat darauf einen rechtlichen und moralischen Anspruch, der von niemand in Zweifel gezogen werden kann. Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker. Unsere Delegierten sind beauftragt, mit aller Energie die Verwirklichung dieses Zieles zu betreiben.

Die deutsche Delegation kann aber zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeiten nicht den Konventionsentwurf nehmen, den die vorbereitende Kommission ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf entspricht nicht den Erfordernissen des Tages. Er ist lückenhaft und schweigt über wesentliche Punkte. Die deutsche Delegation behält sich vor, zu gegebener Zeit der Konferenz Vorschläge zu unterbreiten, die diesem Mangel abhelfen. Ziel dieser Vorschläge wird es sein, der allgemeinen und wirksamen Herabsetzung der Rüstungen praktische Wege zu eröffnen und dem in neuen Vertragswerken, insbesondere dem Kelloggpakt erfolgten Verzicht auf den Krieg durch Verbot und besondere Beschränkung aller der Waffen Rechnung zu tragen, die vorzugsweise dem Angriff dienen. Zu solchen Maßnahmen, die das Wesen der Rüstungen betreffen, können die letzten Ziele der Konferenz verwirklichen: allen Staaten ihr Recht auf gleiche Sicherheiten zu gewährleisten.

Es wird keinen Vorschlag geben, zu dessen objektiver Prüfung die deutsche Delegation nicht bereit wäre. Ihre Zustimmung und Unterstützung ist allen Anregungen sicher, die tatsächlich ohne weiteren Verzug einen wirklichen Abrüstungseffekt erzielen. Sobald diese grundlegende Voraussetzung gesichert ist, bleiben Methode und Wege der Verwirklichung dieses Zieles der Erörterung und Vereinbarung offen. Vorschläge allerdings, die eher einer Umgehung als einer Verwirklichung den von den Völkern erwarteten Konferenzzielen dienen könnten, werden auf die sachliche Kritik und den pflichtmäßigen Widerstand aller derer gefaßt sein müssen, die der Weltöffentlichkeit und den kommenden Generationen gegenüber sich dem lebensfähigen Ergebnis dieser Beratungen verantwortlich fühlen.

Ich mache kein Hehl daraus, daß, wie übrigens auch sonst in der Welt, in Deutschland nach manchen sicheren Erfahrungen vielfach ein starker Zweifel gegenüber den Genfer Arbeiten laut geworden ist. Aber es liegt nur an der positiven Arbeit dieser Konferenz, solche Zweifel zu widerlegen. Sie werden verschwinden, wenn hier das große Ziel erreicht wird. Nirgends in der Welt würde das mit tieferer Befriedigung begrüßt werden, als in Deutschland, denn das deutsche Volk trägt in seinem Herzen aufrichtigen Friedenswillen. Es ist sich klar darüber, daß nur durch eine nachhaltige, gleichzeitige, ohne Vorbehalte und Hintergedanken beschlossene und durchgeführte Abrüstung die lähmende Spannung in der Welt beseitigt und die Menschheit wieder mit Vertrauen und Unternehmungslust erfüllt werden kann.

Ich erkläre hiermit, daß Deutschland, ein vollberechtigtes und voll verpflichtetes Mitglied des Völkerbundes, vor dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird für eine allgemeine Abrüstung, für eine Abrüstung unmißverständlicher Art, wie sie im Völkerbundspakt für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgesehen ist, eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit schafft. Deutschland wird im Geiste weitgehender Solidarität und Verständigungsbereitschaft, aber auch mit unbeirrbarer Energie diesem Ziele zustreben.

Alles auf einen Blick:

Im Mittelpunkt der politischen Ereignisse steht die heutige eindrucksvolle Rede des deutschen Reichskanzlers Brüning, der in klarer Form die deutschen Auffassungen zur Abrüstung zum Ausdruck brachte. Seine Rede wurde oft von stürmischem Beifall unterbrochen.

*

Die Kämpfe um Schanghai haben erneut an Umfang zugenommen.

*

Im Sejm ergriff der Innenminister Pieracki das Wort zur Frage der Ukrainer.

*

Reichskanzler Brüning hat an den Völkerbundsrat eine scharfe Note wegen des Memelputsches gerichtet.

*

Gestern sprach nach Simon, dem englischen Außenminister, Tardieu, dessen Rede ein Fanfarenstoß ist. Heute vormittag sprach der amerikanische Vertreter Gibson und danach der deutsche Reichskanzler.

Sie müssen lesen:

Gleiches Recht und gleiche Sicherheit. — Die Debatte um die Abrüstung.

Heute Beilage „Recht und Steuern"

Tardieus Rede

Wir brachten bereits gestern die Rede des englischen Außenministers Simon, der mit der großen Abrüstungsrede begann. Nach der französischen Uebersetzung der Rede Simons, dem während seiner Rede verschiedentlich und am Schluß besonders lebhaft Beifall geklatscht wurde, bestieg

der französische Kriegsminister Tardieu

die Rednertribüne. Tardieu betonte zu Anfang seiner Ausführungen, die Aufgabe der Konferenz, eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen vorzubereiten, könne nur unter vier Bedingungen erfolgen. Zunächst müsse die Sicherheit vorhanden sein, die Durchführung gemeinsamer Aktionen müßte gewährleistet sein, die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse müßten berücksichtigt werden.

Die Bedingungen, unter denen eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen erfolgen könne, seien je nach den Umständen verschieden. In diesem Zusammenhange erklärte Tardieu: Gleichberechtigung bedeute nicht Gleichmacherei („identité").

Sicherung des Friedens und Herabsetzung der Rüstungen seien nur möglich, wenn ein allgemeines internationales Sicherheits- und Garantiesystem, das für alle Staaten verbindlich sei, eingeführt werde. Dieser Aufgabe dienten die von der französischen Delegation vorgelegten Vorschläge.

Tardieu entwickelte dann im einzelnen die französische These. Der Artikel 8 des Völkerbundspaktes behandle nicht nur die Regelung der Rüstungsfrage, sondern auch die Schaffung kollektiver Sicherheit. Der Artikel 8 sei ein unteilbares Ganzes. Eine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen sei nur möglich,

wenn gleichzeitig der nach französischer Auffassung erforderliche Ausbau der Sicherheitsorganisation des Völkerbundes erfolge. Frankreich, das bereits eine Herabsetzung seiner Rüstungen vorgenommen habe, sei bereit, für eine ganz bestimmte Zeit eine Begrenzung seines augenblicklichen Rüstungsstandes ohne besondere Bedingungen anzunehmen.

Tardieu begründete dann den Standpunkt der französischen Regierung. Die Rüstungen lasteten schwer auf der Bevölkerung Frankreichs. Im Vergleich zum Jahre 1913 habe Frankreich seine Effektivbestände um ein Viertel, die Zahl seiner Einheiten um die Hälfte und die Dienstzeit um zwei Drittel gekürzt, im Gegensatz zu anderen Staaten, die ihre Rüstungen verstärkt hätten. Im Jahre 1919 hätten Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einer feierlichen Erklärung anerkannt, daß Frankreichs Sicherheit ungenügend sei. Das französische Volk wolle nichts anderes als den Schutz und die Sicherheit seiner Grenzen. Frankreich habe stets eine großmütige Gesinnung gezeigt, so z. B. als es im Jahre 1930, fünf Jahre vor dem im Versailler Vertrag festgesetzten Termin, ein Pfand aus seiner Hand gegeben habe. (Tardieu meint die Rheinlandräumung.)

Aus Tardieus Ausführungen ging hervor, daß die französische Delegation die Annahme ihres Programms als eine wesentliche Vorbedingung für praktische Schritte Frankreichs in der Abrüstungsfrage ansieht.

Zum Schluß erklärte Tardieu, ein Abkommen ohne Organisierung der Sicherheit wäre eine brutale und ungerechte Prämie für die Abrüstung.

Amerikas Standpunkt

Rede Gibsons auf der Abrüstungskonferenz

Genf, 9. Februar. Der stellvertretende Führer der amerikanischen Delegation, Botschafter Gibson, führte auf der heutigen Versammlung der Abrüstungskonferenz aus, Amerika werde nichts unversucht lassen, um tatsächlich einen Fortschritt in der Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen zu erzielen. Man müßte kleinliche Sonderinteressen vergessen und auf eine großzügige Zusammenarbeit hinstreben. Amerika halte die gegenwärtigen Ausgaben der Welt für Rüstungszwecke für unnötig. Niemand könne bezweifeln, daß sie nicht nur zum wirtschaftlichen Niedergang beitragen, sondern den Weltfrieden ernstlich bedrohen. Das amerikanische Volk betrachte die Fortdauer dieser Zustände als ein Versagen der Staatsmänner. Die Zeit sei vorbei, wo die Weltvölker dieses Versagen lange ruhig mit ansähen. Das Wettrüsten und die Militärbündnisse, seit Jahrhunderten in Europa üblich, seien nicht imstande gewesen, den Frieden zu erhalten, sondern hätten im Gegenteil Kriege hervorgerufen, unter deren Folgen Sieger und Besiegte leiden. Das System der Antikriegsverträge reduziere die Notwendigkeit nationaler Rüstung auf: erstens die Wahrung der Ruhe und Ordnung im Innern und zweitens die Verteidigung der Landesgrenzen.

Amerika habe von den Vorschlägen Tardieus und Sir John Simons mit Interesse Kenntnis genommen. Die amerikanische Regierung habe keinen neuen allumfassenden Plan. Aber die amerikanische Regierung befürworte folgende Punkte:

1. Zugrundelegung des Konventionsentwurfes als praktische Diskussionsbasis

unter völliger Bereitschaft, zusätzliche Vorschläge zu diskutieren.

2. Verlängerung der Lebensdauer der bestehenden Flottenabkommen unter möglichstem Beitritt Frankreichs und Italiens.

3. Proportionale Herabsetzung der Tonnageziffern in dem Flottenabkommen, sobald alle Unterzeichner des Washingtoner Abkommens dem Londoner Flottenvertrag beigetreten sind.

4. Abschaffung von Unterseebooten.

5. Möglichst wirksame Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Fliegerangriffen.

6. Abschaffung von tödlichen Gasen und bakteriologischer Kriegsführung.

7. Beschränkung der Landheere auf die notwendige Zahl für die Ordnung im Innern und den Grenzschutz.

8. Beschränkung der Verwendung von Tanks und schweren fahrbaren Geschützen.

9. Begrenzung der Ausgaben für Material, damit nicht in der Qualität um die Wette gerüstet werde, wenn in der Quantität Begrenzung vereinbart ist.

Die englische Presse zu Simons und Tardieus Vorschlägen

London, 9 Februar. Die Vorschläge Sir John Simons werden von den konservativen Blättern dahin beurteilt, daß sie sich — im Gegensatz zu Tardieus Plänen — auf die eigentliche Aufgabe der Konferenz, nämlich die Abrüstung beziehen und daß sie — ebenfalls im Gegensatz zu den französischen Anregungen — praktisch durchführbar seien.

„Morningpost“ erklärt, Frankreich wolle eine internationale Kriegsmaschine schaffen und sie mit furchtbaren Zerstörungswerkzeugen ausrüsten, während Großbritanniens Vorschläge die übermäßig angeschwollenen Rüstungen auf ein vernünftiges Maß herunterdrücken wollen.

„Daily Telegraph“ betont, daß die britischen Vorschläge praktischer Art seien und nichts mit politischen Nebengedanken zu tun hätten.

Der liberale „News Chronicle“ hebt die Punkte hervor, in denen das französische und das britische Programm übereinstimmen, die Abschaffung des Gaskrieges, Beschränkung der Schlachtschiffgröße und das Verbot von Angriffen auf offene Städte.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ hebt hervor, daß die britische Delegation ihre Vorschläge noch erweitern und detaillieren werde, und zwar im Geiste der Wendung der Rede Simons, wo es hieß, daß Sicherheit für alle von einer Verminderung der Rüstungen abhänge.

Friedenskundgebung

Zürich, 9. Februar. Eine internationale Abrüstungskundgebung mehrerer Frauenorganisationen fand gestern in Zürich statt. Bei der Veranstaltung, die in einer Kirche abgehalten wurde, sprachen die deutsche Reichstagsabgeordnete Frau Gertrud Bäumer sowie eine Engländerin und eine Französin. Frau Bäumer erklärte, es sei insbesondere die Aufgabe der Frauen, dafür zu kämpfen, daß der Machtzusammenhang zwischen Gold und Politik aufhöre.

Neue Kämpfe in Schanghai

Schanghai, 9. Februar. Bei Schanghai ist der Kampf um die chinesischen Befestigungsanlagen am Yangtse-Fluß bei dem Orte Wusung mit erneuter Heftigkeit wieder aufgenommen worden. Die Japaner haben während der Nacht, gedeckt durch starken Nebel, Artillerieverstärkung in die Nähe der chinesischen Befestigungsanlagen gebracht. Diese Geschütze beschießen bereits die chinesischen Stellungen, die sich zwischen dem Orte Wusung und den Befestigungsanlagen befinden. Innerhalb der japanischen Regierung sollen immer noch starke Meinungsverschiedenheiten bestehen wegen Japans Vorgehen in Schanghai. Wie aus englischer Quelle gemeldet wird, droht der japanische Finanzminister mit seinem Rücktritt, falls das japanische Kabinett weitere Truppenverstärkungen nach Schanghai entsenden wolle. Der Finanzminister vertrete den Standpunkt, daß die mit der Truppenverschickung nach Schanghai verbundenen Kosten eine zu große Last für die japanischen Finanzen bedeuten.

Tokio, 8. Februar. Ein Vertreter des Außenministeriums erklärte, Japan habe die Mächte wegen seines Vorschlags, die bedeutendsten chinesischen Handelshäfen und die Mandschurei zu entmilitarisieren, noch nicht sondiert. Japans Vertreter im Auslande seien aber angewiesen worden, bei günstiger Gelegenheit die Frage zur Sprache zu bringen. Der Vorschlag geht dahin, entmilitarisierte Zonen von 24 bis 36 Kilometern Durchmesser um die wichtigsten Handelsplätze Chinas zu schaffen, besonders um Schanghai, Hankau, Tientsin, Kanton und Tschintschau. Die Mandschurei würde ebenfalls entmilitarisiert werden. Ein Teil der besser disziplinierten chinesischen Truppen könnte jedoch als Polizei verwendet werden.

Eine französische Anleihe an Japan?

Paris, 9. Februar. Der kommunistische Abgeordnete Cachin hat an den Finanzminister ein Schreiben gerichtet, in dem er um Aufklärung ersucht über Gerüchte von einer japanischen Regierungsanleihe in Frankreich. Er fragt, ob es richtig sei, daß diese Anleihe sich auf mehrere hundert Millionen Frank belaufen solle.

Frankreich und die Abrüstung

Berlin, 9. Februar. Der hessische Gesandte in Berlin, Noß, der Berichterstatter für den Heeresetat im Reichsrat, beschäftigt sich in der „Germania“ mit dem französischen Abrüstungsplan, der u. a. die Internationalisierung der Zivilluftfahrt und das Verbot des chemischen Krieges ablehnt. Zu dem Vorschlag eines chemischen Krieges schreibt er, daß in Frankreich zurzeit 14 staatliche Fabriken und 25 größere Privatwerke für die Herstellung von Pulver und Sprengstoffen arbeiten. Die Fabriken zur Herstellung von Gasen in Frankreich seien geheim. In mindestens fünf staatlichen Fabriken würden solche Stoffe hergestellt, hinzu kämen noch 24 Privatwerke.

Der Putsch in Memel

Scharfe deutsche Note

Der Rat soll sofort verhandeln

Die Note an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, in der die deutsche Regierung heute die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf den von der litauischen Regierung begangenen Rechtsbruch im Memelgebiet lenkt, ist überreicht.

Die Note hat folgenden Wortlaut:

„Herr Generalsekretär! Am 6. Februar hat der Gouverneur des Memelgebietes, Herr Merkys, den Präsidenten des dortigen Direktoriums, Herrn Böttcher, für abgesetzt erklärt, verhaften und in eine Kaserne überführen lassen. An seiner Stelle ist der Landesrat Tolischus mit der einstweiligen Führung der Geschäfte des Präsidenten des Direktoriums beauftragt worden. Nach den der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten sind diese Maßnahmen von dem Gouverneur im Einverständnis mit der litauischen Regierung getroffen worden und sollen allem Anschein nach noch ähnliche weitere Maßnahmen im Gefolge haben.

Das Vorgehen der litauischen Regierung stellt eine flagrante Verletzung des Memelstatuts dar, das in Artikel 17, Absatz 2 bestimmt, daß der Präsident solange im Amte bleibt, als er das Vertrauen des Landtages hat. Diese Voraussetzung liegt hinsichtlich des Präsidenten Böttcher vor, da ihm noch durch Beschluß des Landtages vom 25. Januar das Vertrauen ausgesprochen worden ist.

Gemäß Art. 17, Abs. 1 der Memel-Konvention lenkt die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf den von der litauischen Regierung begangenen Rechtsbruch. Sie weist darauf hin, daß Verletzungen der dem Memelgebiet zustehenden Autonomie schon wiederholt die Anrufung des Völkerbundsrates erforderlich gemacht haben. Durch die oben erwähnten Vorgänge ist eine besonders ernste Lage entstanden. Ich bitte deshalb, die Angelegenheit als dringend auf die Tagesordnung des Rates zu setzen und den Rat zu einer sofortigen Sitzung zusammenzuberufen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

gez. Dr. Brüning.“

Der Putsch in Memel

Kowno, 9. Februar. Nach eingetroffenen Meldungen soll es sich bei der Ernennung des Memeler Landesdirektoriums Tolischus um eine provisorische Maßnahme handeln. Eine andere Regelung würde, wie es in den Meldungen heißt, im Gegensatz zu der litauischen Regierung stehen. Die Meldungen erklären ferner, daß die Neubildung des Direktoriums auf demokratischer Grundlage erfolgen werde, wie es im Memeler Statut bestimmt worden ist.

Innenminister Pieracki noch einmal zur Ukrainerfrage

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 9. Februar.

In der gestrigen Sejmsitzung wurde die Aussprache über das Budget des Innenministeriums beendet. Es wurde ferner ohne Debatte das Budget des Ministerratspräsidiums angenommen und die Aussprache über das Landwirtschaftsministerium begonnen. Gestern kamen in der Hauptsache Vertreter des Regierungsblocks zu Wort.

Der Abg. Duch vom Regierungsblock sprach über die Arbeiten in der Verwaltungskommission und teilte mit, daß die Kommission beschlossen habe, die Wojewodschaften Stanislau und Tarnopol der Wojewodschaft Lemberg anzuschließen. Dadurch würde ein Verwaltungsgebiet von 4 700 000 Einwohnern und 50 Kreisen geschaffen, das administrativ schwer zu beherrschen sei und außerdem den Nachteil habe, an drei fremde Staaten zu grenzen. Die Einstellung der Kommission, in der Verwaltung hauptsächlich mit dem ukrainischen Element dieser neuen Wojewodschaft zu rechnen, tue den Polen in Ostgalizien unrecht. Der Redner kritisierte auch die Beschlüsse der Kommission, einige Gebiete der Wojewodschaften Krakau und Kielce der Wojewodschaft Schlesien zuzuteilen. Man dürfe auf keinen Fall die autonomen Gebiete vergrößern und müßte eine möglichst enge Verbindung Schlesiens mit Polen anstreben. Das Gesicht Oberschlesiens müsse nach Krakau und Posen hingelenkt werden. Auch bei den Wojewodschaften Warschau und Posen würden die Grenzen durch die Vorschläge der Verwaltungskommission zu weitgehend verändert.

Der radikale ukrainische Abg. Ładyk stellte fest, daß die Ukrainer in Polen als Bürger dritter Klasse behandelt werden. Dem Auslande gegenüber spiele die polnische Innenpolitik das Spiel der Rechtmäßigkeit in Bezug auf die Ukrainer. Es sei verwunderlich, daß Innenminister Pieracki immer wieder von Loyalität spreche. Das ukrainische Volk sei nie gegen das polnische Volk aufgetreten. Polen aber sei unloyal gegenüber den internationalen Minderheitsverträgen und gegenüber seinen internationalen Verpflichtungen überhaupt.

Der Regierungsblock-Abgeordnete Pewny, der ukrainischer Abstammung ist und daher vom Regierungsblock als ein Vertreter der wolhynischen Ukrainer bezeichnet wird, erklärte, daß es den Ukrainern in Polen äußerst gut gehe. Die Aktion der vatikanischen Kommission Pro Russia in den Ostgebieten Polens nannte er staatsfeindlich und schädlich für die katholische Kirche.

In der weiteren Debatte ergriff

Innenminister Pieracki

das Wort und verteidigte zunächst die Verwaltungstätigkeit in Polen. Er erklärte, daß die Verwaltung in Polen sich keineswegs auf ein Polizeisystem stütze und daß die Pressebeschlagnahmen zu Recht bestünden, da die meisten Beschlagnahmen von den Gerichten bestätigt würden. Innenminister Pieracki ging sodann auf die ukrainische Frage näher ein und stellte fest, daß ein Zusammenleben zwischen Ukrainern und Polen in Ostgalizien unbedingt notwendig sei. Um dieses Ziel zu erreichen, würde die Regierung über die Köpfe der Führer hinweg sich mit der ukrainischen Bevölkerung direkt verständigen, da die ukrainischen politischen Führer den von der Regierung eingeschlagenen Weg ablehnten. Der Innenminister polemisierte dann mit den Ausführungen des nationaldemokratischen Abg. Berezowski über die Nationalitätenpolitik. Wenn die Nationaldemokraten die Forderung nach einem Nationalstaat so auffaßten, daß die Staatsbürger polnischer Volkszugehörigkeit Privilegien genießen sollen, so sei darauf zu erwidern, daß die Regierung eine derartige Politik für unnötig halte. Die Polen im Staate hätten bereits aus der Natur der Sache heraus ein Privileg, nämlich das Privileg der Mehrheit, und der Staat sei deshalb eo ipso das oberste Wirkungsorgan der polnischen Staatsraison. Deshalb müßten sich alle Privilegien ausschließlich aus der Einstellung und der Opferwilligkeit der gegebenen Bevölkerungsgruppen im Staate ergeben, nicht aber aus der Zugehörigkeit zu dieser oder jener völkischen Gruppe. So sei der Begriff der Staatspolitik der Regierung aufzufassen. Der Versuch der Nationaldemokraten, einen Unterschied zwischen den Begriffen ruthenisch und ukrainisch zu machen, sei gegenstandslos. Die Regierung habe nicht die Absicht, den nationalen Minderheiten besondere Namen zu geben und widerspreche nicht dem völkischen Gemeinsamkeitsgefühl, sie müsse aber von den Minderheiten völlige und entschiedene Loyalität gegenüber dem Staate fordern.

Unterredung des Marschalls Piłsudski mit General Zeligowski

Warschau, 9. Februar. (Eig. Telegr.)

Während seines Aufenthaltes in Wilna hat Marschall Piłsudski mit mehreren höheren Militärs Rücksprachen genommen. Gestern nachmittag hatte der Marschall eine längere Unterredung mit dem General Zeligowski, der bekanntlich im Jahre 1920 durch einen Staatsstreich das Wilna-Gebiet besetzt hat. Ueber den Gegenstand der Unterredung wird nichts mitgeteilt.

Die Gerüchte über eine Erholungsreise des Marschalls Piłsudski nach Aegypten sollen sich, wie verlautet, bestätigen. Marschall Piłsudski soll die Absicht haben, in der nächsten Zeit auf mehrere Wochen nach Aegypten zu reisen. Seine Vertretung im Kriegsministerium wird der Vizekriegsminister General Składkowski übernehmen.

Steuervollmachten für die Regierung im Ministerrat beschlossen

Warschau, 9. Februar. (Eig. Telegr.)

Gestern nachmittag fand eine Sitzung des Ministerrates statt, auf der neben verschiedenen Anträgen der Kommission zur Hilfe für die Landwirtschaft auch das Projekt einer Erteilung von Steuervollmachten an die Regierung besprochen wurde. (Wir haben über dieses Projekt bereits berichtet.) Der Ministerrat nahm das Projekt an, wodurch der Regierung die Möglichkeit gegeben wird, Bestimmungen über Steuernachlässe und Zerlegung der steuerrückständigen Raten zu erlassen.

Vom Ministerrat wurde ferner das Entlassungsgesuch des Vize-Justizministers Swiątkowski angenommen. Der Vizeminister tritt auf eigenen Wunsch in den Ruhestand.

Jeden fünften Tag wird einer gehenkt

Warschau, 8. Februar.

In der Rechtskommission des Sejm wurde am Sonnabend nach Annahme des neuen Gesetzesprojektes über das Oberste Verwaltungsgericht sowie des Gesetzes über den Registerpfand für Holz ein Antrag der Sozialistischen Partei auf Aufhebung der Standgerichte verhandelt. In der Begründung des Antrages wies der Referent, der sozialistische Abgeordnete Pużak, auf die großen Gefahren hin, die für die Rechtsbemessung bei den Standgerichten durch die Eile des Verfahrens bestehe. Zahlreiche Urteile der Standgerichte würden an Minderjährigen ausgeführt und in drei Fällen hätte man bereits 19jährige, in einem Falle sogar einen 17jährigen Jungen gehenkt. Es seien so oft Todesurteile auszuführen, daß der Henker mit seinen Gehilfen nicht mehr die Arbeit bewältigen könne und sich bereits über zuviel Arbeit beschwert habe. Es seien Fälle vorgekommen, in denen man dem Verurteilten die Stunde seiner Hinrichtung mitgeteilt habe, der Verurteilte aber dann noch zwei Tage auf die Hinrichtung warten mußte, weil der Henker mit der Arbeit nicht fertig wurde. In den ersten fünf Monaten des Bestehens der Standgerichte, also bis zum 1. Februar d. J., seien 59 standgerichtliche Urteile gefällt worden, davon 31 Todesurteile. Dem Antrage auf Aufhebung der Standgerichte schlossen sich sämtliche Parteien der Linksopposition sowie die Abgeordneten der nationalen Minderheiten an. Gegen die Aufhebung der Standgerichte sprachen die Abgeordneten der Regierungspartei, darunter auch Abg. Car. Der Antrag der Sozialisten wurde mit der Stimmenmehrheit des Regierungsblockes abgelehnt.

Die letzten Telegramme

Errichtung von Freihäfen in England

London, 9. Februar. In Großbritannien sollen, wie „Daily Herald“ berichtet, mehrere „Freihäfen“ errichtet werden, um womöglich die mindestens 64 Millionen Pfund Sterling zu retten, die der Wiederausfuhrhandel jedes Jahr einbringt und die durch die Schutzzollpolitik der Regierung bedroht seien. Die Regierung werde binnen kurzem mitteilen, daß in einer Anzahl von Häfen keine Zölle erhoben werden sollen, falls die fraglichen Güter wieder nach dem Auslande verkauft würden.

Zwei der vermißten britischen Militärflugzeuge aufgefunden

Kairo, 8. Februar. Die Militärflugzeuge, die nach den drei seit Sonnabend in der Syrischen Wüste vermißten Flugzeugen suchten, fanden heute zwei von ihnen auf. Die Besatzungen, die bei Eingeborenen freundliche Aufnahme gefunden hatten, sind wohlbehalten.

Großfeuer in Swinemünde

Die Panela Holz-A. G. ein Raub der Flammen

Swinemünde, 9. Februar. Ein Brand hat in den frühen Morgenstunden die umfangreichen Anlagen der Panela-Holz-A.-G. Spezialfabrik für Holzveredlung, völlig in Schutt gelegt. Es handelt sich um drei riesige Fabrikhallen der früheren Arps A.-G., Eisenbahn- und Waggonbau. Bei dem heftigen Sturm und der gewaltigen Ausdehnung des Feuers waren die Feuerwehren von Swinemünde und Umgebung dem verheerenden Element gegenüber machtlos. Die Garnison entsandte mehrere Kompanien Marineartillerie, die in der Hauptsache dazu verwendet wurden, die schwer gefährdete Lagerhalle zu räumen. Der Gebäude- und Materialschaden wird auf eine halbe Million geschätzt. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Kleine Meldungen

Bern, 9. Februar. Der Bundesrat beschloß, zur Sicherung des Milchpreises die Buttereinfuhr in die Schweiz ab 1. April zu beschränken.

*

Genf, 9. Februar. Aus Anlaß der heutigen Antwort des Reichskanzlers veranstaltete der deutsche Untergeneralsekretär Dufour-Féronce einen diplomatischen Empfang, der den Reichskanzler zu politischer Aussprache mit den Führern der übrigen Delegation zusammenführte.

*

Rom, 9. Februar. In einem Schwefelbergbau bei Caltanisetta (Sizilien) kamen durch eine Explosion 6 Arbeiter ums Leben.

*

Berlin, 9. Februar. Für die Volkskandidatur Hindenburgs haben sich bisher über eine Million Wähler eingezeichnet.

*

Srinagar (Kaschmir), 9. Februar. Bei den Ausschreitungen in Handwara sind 4 Personen getötet und mehrere verwundet worden.

*

Kowno, 9. Februar. Nicht weniger als 20 deutsche Zeitungen, die Meldungen und Artikel über die Vorgänge im Memelgebiet brachten, sind hier beschlagnahmt worden.

*

London, 9. Februar. Das Wasserflugzeug, das an Bord des englischen Unterseebootes „M 2“ war, ist an die Oberfläche geschafft worden.

*

London, 9. Februar. Der Mißtrauensantrag gegen die Regierung wurde vom Unterhaus mit 438 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Olympische Winterspiele in Amerika.

Neuer Eislaufsieg der Amerikaner

Die Amerikaner haben auch gestern wieder einen Erfolg zu buchen gehabt. Im Finale über 10 000 Meter siegte nämlich Jaffee in der Zeit von 19 : 13.6 vor dem Norweger Ballangrud (zwei Meter zurück) und dem Kanadier Stack. Es folgten die Amerikaner Wedge und Bialas und der Norweger Eversen. Das Ergebnis des Eishockeyspiels zwischen Amerika und Deutschland ist irrtümlich mit 4 : 2 angegeben worden. Die Deutschen unterlagen dank der Parteilichkeit des Schiedsrichters 7 : 0. Der Schiedsrichter stellte bei jedem geringen Regelverstoß die Deutschen heraus, so daß zeitweise nur vier, einmal sogar bloß drei Deutsche sich im Spiel befanden. Gestern hat in Lake Placid der Kunst-Eislauf-Wettbewerb begonnen. Nach den bisherigen Darbietungen besitzt auch diesmal wieder der Oesterreicher Schaefer die meisten Aussichten auf den Meistertitel. Die Zweierbobrennen konnten wegen heftigen Schneesturms nicht stattfinden. Man nahm nur die Auslosung der Vorläufe vor. Die polnische Eishockeymannschaft unterlag in einem Schauspiel der Mannschaft von Lake Placid 4 : 0.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil: Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“. Sämtlich in Posen. Zwierzyniecka 6.
Druck: Concordia Sp. Akc.

Posener Kalender

Dienstag, den 9 Februar

Sonnenaufgang 7.23, Sonnenuntergang 16.52; Mondaufgang 8.28, Monduntergang 20.13.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft — 11 Grad Cels. Nordwestwinde. Barometer 753. Heiter.

Gestern: Höchste Temperatur + 1, niedrigste — 11 Grad Cels.

Wettervoraussage für Mittwoch, den 10. Februar.

Weitere Verschärfung des Frostes, zeitweise heiter, keine oder nur unwesentliche Schneefälle, mäßige östliche Winde.

Wasserstand der Warthe am 9. Februar + 0,49 Meter.

Holzversorgung des Wohlfahrtsdienstes
Telephon 1185.

Wohin gehen wir heute?

Teatr Polski:

Dienstag: „Der Liebe zweiter Name“.
Mittwoch: „Der Hauptmann von Köpenick“. (Premiere.)
Donnerstag: „Der Hauptmann von Köpenick“.

Teatr Nowy:

Dienstag: „Der Habicht“. (Gastspiel Junosza-Stępowski.)
Mittwoch: „Der Habicht“.

Teatr „Uśmiech“:

Dienstag: „Der Graf von Luxemburg“.
Mittwoch: „Der Graf von Luxemburg“.
Donnerstag: „Der Graf von Luxemburg“.

Kinos:

Apollo: „Lichter der Großstadt“. (5, 7, 9 Uhr.)
Colosseum: „Wenn du einmal dein Herz verschenkst“. (5, 7, 9 Uhr.)
Metropolis: „Maradu“ (½5, ½7, ½9 Uhr).
Nowości: Film: „Eva im Pelz“. Revue: Auftreten des berühmten Schauspielers Igo Sym. (5, 7, 9 Uhr.)
Słońce: „Unter Kuratel“. (5, 7, 9 Uhr.)
Wilsona: „Das Lied der Berge“ (5, 7, 9 Uhr).

Nachtdienst der Apotheken vom 6. bis 13. Februar. Altstadt: Apteka pod Białym Orłem, Stary Rynek 41; Apteka św. Piotra, ul. Półwiejska 1; Apteka św. Marcina, ul. Fr. Ratajczaka 12; Apteka Śródecka, Rynek Śródecki 1. — Jersitz: Apteka pod Gwiazdą, ul. Kraszewskiego Nr. 12. — Lazarus: Apteka p. Plucińskiego, ul. Marsz. Focha, Ecke Niegolewskich. — Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 61. — Ständigen Nachtdienst haben: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12, die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- u. Feiertagen von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Głowno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, Pocztowa 25.

Millionenunterschleife?

Vorstandsmitglieder der Europhosphatwerke auf der Anklagebank

X. Posen, 8. Februar.

Wie wir gestern kurz berichteten, begann die Verhandlung gegen die Angeklagten Wrześniewicz, Dr. Łabędziński, Marcinkowski, Mikołajczak und Sroczyński wegen Betruges. Vor dem Gerichtstisch sind eine Menge Bücher, Papiere und Dokumente aufgestapelt.

Pünktlich um 9 Uhr betritt der Vorsitzende Dr. Cyprian in Assistenz der Landrichter Kwasik und Klos den Gerichtssaal Als Sachverständige fungieren die Bücherrevisoren Jaron und Marcinkowski. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurde die 21 Seiten umfassende Anklageschrift verlesen, die den Angeklagten Millionenunterschleife vorwirft. Ihnen wird zur Last gelegt, als Vorstandsmitglieder der Aktiengesellschaft „Eurofosfat“ in den Jahren 1924 bis 1928 der Gesellschaft einen Millionenschaden dadurch verursacht zu haben, daß sie den Konkurs verschwiegen, obwohl bereits im Jahre 1926 eine größere Unterbilanz festgestellt wurde. Außerdem wird den Angeklagten zum Vorwurf gemacht, in der Bilanz als Aktiva die Patente und Lizenzen eingetragen zu haben, die dort nach Ansicht der Sachverständigen nicht hineingehören. Auch dadurch soll vielen Personen ein beträchtlicher Schaden entstanden sein.

Nach Verlesung der Anklageschrift wird als erster der Angeklagte Wrześniewicz vernommen. Er gibt an, im Jahre 1926 als Vorstandsmitglied eingetreten und im Jahre 1928 bereits wieder ausgeschieden zu sein. Vorher will er Direktor der Bank Przemysłowców und Mitglied des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft „Eurofosfat“ gewesen sein. Da er die Kreditabteilung der Bank leitete, meldeten sich bei ihm öfters Personen, um ein Darlehn aufzunehmen. Im Jahre 1923 erschien bei ihm der Angeklagte Marcinkowski, der eine Fabrik für künstlichen Dünger in Biedrusko anlegen wollte. Da er an diesem Geschäft ein Interesse hatte, trat er als Teilhaber mit einem zehnprozentigen Anteil bei. Im Jahre 1924 erschien bei ihm der Landwirt und Assistent der Landwirtschaftskammer Pietrowicz. Er redete ihm zu, einen größeren Betrieb zu eröffnen. Im Einvernehmen mit fünf Mitgliedern wurde nun die Aktiengesellschaft „Eurofosfat“ mit einer Einlage von 150 000 Złoty gegründet, wobei jeder von ihnen 30 000 Złoty einbrachte. Kurze Zeit darauf hat Wrześniewicz sein Anteil verkauft. Bei der Bildung eines Aufsichtsrates wurde eine Anleihe von 75 000 Złoty zwecks Baus einer Fabrik in Gnesen aufgenommen. Die Aktien waren nach Angabe des Angeklagten bald vergriffen. Allein die Deflation brachte den Ruin der Aktiengesellschaft. Mit den Gläubigern wurde zwecks Regelung ihrer Ansprüche verhandelt.

Das Gericht prüfte nun genau die Patentsachen Stentzel, Vespermann usw. Das Patent Vespermann kaufte der Angeklagte Wrześniewicz zwar ohne Geld, es wurde aber Vespermann ein Gewinn aus den Bareinnahmen versprochen. Als schließlich im Jahre 1928 die Aktiengesellschaft „Eurofosfat“ in Schwanken kam, einigte man sich dahin, einen Konzern zu gründen, dessen Leitung dem Angeklagten Mikołajczak übertragen wurde. Bei dieser Gründung war kein Betriebskapital vorhanden, obwohl angegeben wurde, daß der Konzern ein Vermögen von 2 Millionen besitze. Diese Summe existierte nur auf dem Papier; sie setzt sich zusammen aus den Werten der Patente, Anteilen der Fabrik in Radom (30 Prozent) und der Fabrik in Schroda (40 Prozent).

Die Angeklagten bestreiten jede Schuld, vielmehr hätten sie durch den Wirtschaftsprozeß ihr Vermögen verloren. Der Angeklagte Marcinkowski schildert, wie er sich mit der Fabrikation des künstlichen Düngers bekannt machte und wie die Aktiengesellschaft gegründet wurde. Er behauptet weiter, daß er der Aktiengesellschaft nur deswegen angehörte, weil er große Fabriken in ganz Polen bauen wollte. Bei der Liquidierung der Fabrik in Gnesen haben die Gläubiger nach Ansicht des Angeklagten keinen Schaden erlitten.

Der Angeklagte Mikołajczak behauptet kurz, daß er unschuldig sei und nichts weiter zu sagen habe.

Die Verhandlung wurde dann vertagt. Heute wird mit der Vernehmung der Zeugen begonnen.

Keine Berufung im Meineidsverfahren gegen den Neutomischler Bürgermeister

X. Posen, 9. Februar.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil in dem Meineidsprozeß gegen den Neutomischeler Bürgermeister Konieczny, der, wie erinnerlich, im Prozeß von elf Zeugen schwer belastet wurde, keine Berufung eingelegt. Auch die Appellation des Privatklägers Reisch wurde von der Staatsanwaltschaft nicht berücksichtigt.

Ein schwerer Junge

X. Posen, 9. Februar.

Der gestern von unserem Mitarbeiter Edward Michalowski gefaßte Taschendieb namens Michael Golder aus Warschau erwies sich nach den ersten Feststellungen der Polizei als ein ungewöhnlich schwerer Junge, der mit der Polizei schon mehrere Dutzend Male in Berührung kam und wegen Taschendiebstahls bereits 17 mal vorbestraft ist. Er ist nicht nur in Polen der Polizei eine gut bekannte Persönlichkeit, sondern wird ebenso sehr von den Behörden fast sämtlicher europäischer Länder als Fachgröße beachtet. Seine große letzte Gastrolle hatte er in Deutschland, zuletzt in Berlin, gespielt. Es ist anzunehmen, daß sich die Berliner Polizei für diesen Fang auch interessieren wird.

Zwangsversteigerungen

X. Freitag, 12. d. Mts., mittags 12 Uhr in Sokolniki-Gwiazdowskie bei Kostschin: der Ernteertrag von 22 Morgen Weizen im Halm. Versammlung der Kauflustigen vor der Besitzung des Landwirts Rzanny. — Mittwoch, 10. d. Mts., vorm. 9½ Uhr ul. 27 Grudnia 4, Wohnung 11, eine Schreib- und eine Nähmaschine.

Winter

Es öffnet sich der Himmel weit,
und Myriaden Flocken wirbeln nieder;
das Feld erglänzt im Winterkleid
mit pelzgeziertem, weißem Mieder.
Nach Ruhe sehnt sich die Natur,
war müd' vom langen Schaffen schon geworden;
kein Laut erklingt in Wald und Flur,
nur Einsamkeit und Leere allerorten.
Kein Sonnenstrahl durchdringt die Wolkenwand,
die hält den weiten Himmelsdom verborgen;
in Schweigen ist gehüllt das ganze Land
und schlummert bis zum Lenzesmorgen.

Artur Poßtal.

Opferwoche für die Erwerbslosen

Unsere Zeit fordert immer wieder Opfer von uns, Entbehrungen, Verzichte und Einschränkungen. Das kommt ganz von selbst. Solche Opfer brauchen wir uns nicht aufzuerlegen. Aber gerade weil wir fast alle gezwungen werden, uns einzuschränken und zu verzichten, haben wir um so eher Verständnis für wirkliche Opfer, für Opfer der Liebe, die wir freiwillig bringen. Generalsuperintendent D. Blau hat im vorigen Jahre nicht vergeblich zu einer Opferwoche innerhalb der Passionszeit aufgefordert. In reichem Maße ist der Beweis erbracht worden, daß der Wille, zu helfen, noch groß ist. Die stattliche Summe von 16 048,85 Złoty hat es ihm möglich gemacht, in 75 Fällen besonderer Not Hilfe zu leisten. Bei dieser Summe sind die Beträge nicht gerechnet, die in den Gemeinden zurückgeblieben und für örtliche Zwecke verwendet worden sind. Im Vertrauen auf diese Erfahrungen des Vorjahres regt Generalsuperintendent D. Blau wieder eine Opferwoche zu Beginn der Passionszeit an, und zwar für die Woche zwischen dem 14. und 21. Februar, zwischen Invocavit und Reminiscere. Die in dieser Woche gesammelten Gaben sollen zunächst dem Ortspfarrer zur Verfügung gestellt werden, der ein Viertel davon für besondere Notstände innerhalb der Gemeinde zurückbehalten kann, der Rest wird vom Pfarrer selbst an den Herrn Generalsuperintendenten abgeführt, der damit persönlich die unzähligen an ihn herantretenden Einzelwünsche zu befriedigen sucht.

Das gibt's nur einmal

Der kurze Karneval des Jahres 1932 hat mit dem Rosenmontag für die deutsche Gesellschaft Posens seinen Abschluß gefunden. Diesmal war es der Ruderklub Neptun, der zu diesem Fest in die Räume der Loge eingeladen hatte. Der gute Ruf dieser Veranstaltung hatte eine große Schar von Freunden und Gästen des Vereins in die Räume der Loge gelockt. Eine gute Kapelle sorgte dafür, daß die Beine aller Tanzlustigen in den erwünschten Schwung kamen. Die gute Bowle, die auf der stets überfüllten Bühnenbar zu haben war, trug im übrigen dazu bei, daß jedermann auf seine Kosten kam. Und die waren erfreulicherweise nicht sehr hoch, da der Logenwirt seine beliebten Speisen und Getränke wohlfeil wie immer anbot. Wann der Rosenmontag zu Ende war, wissen wir nicht. Jedenfalls war's sehr früh. Schön auch.

Goldsucher durchwühlen die Erde

Das Geheimnis der sieben Eidgenossen

× Jarotschin, 6. Februar.

Seit einigen Tagen herrscht in den Wäldern der Herrschaft Brzostków bei Żerków ein geheimnisvolles Treiben. Arbeiterkolonnen unter Führung eines Beamten der Wojewodschaft durchwühlen das hartgefrorene Erdreich, arbeiten mit Schaufel und Hacke und suchen und suchen. Was denn eigentlich? Manche meinten, es handle sich um geologische Feststellungen, andere wieder sind der Ansicht, daß man in unserer Gegend Erzadern entdeckt habe usw. Jedenfalls war keine Klarheit zu erlangen, bis jetzt endlich eine Nachricht wie eine Bombe in die Gemüter schlug und fast eine kleine Völkerwanderung nach Brzostków veranlaßte: es sollen nicht mehr und nicht weniger als

sechs Kisten mit Gold und Silber

gehoben werden. So rätselhaft wie die Nachricht selbst ist auch ihre Vorgeschichte, die genau 100 Jahre zurückliegt.

Vor etwa 40 Jahren starb in Amerika ein Anton Piętka, der an dem Aufstande im Jahre 1831 teilgenommen hatte. Piętka gehörte zu den sieben Getreuen, die nach der blutigen Niederlage der Polen den polnischen Staatsschatz in Sicherheit bringen konnten. Es soll sich dabei um sechs Kisten Gold- und Silbermünzen gehandelt haben, die von den sieben heimlich in einen Kahn geschafft wurden. In gefährlicher Fahrt ruderte das Häuflein des Nachts die Warthe abwärts, konnten auch glücklich die russische Sperre unbemerkt passieren und preußischen Boden betreten.

Hier soll nun der Schatz am Rande der Brzostkower Wälder versenkt worden sein,

wobei ein feierlicher Eid geleistet wurde, daß niemand das Geheimnis verraten solle. Erst nach 100 Jahren, aber auch nur dann, wenn Polen seine Unabhängigkeit erlangt habe, sollte der neue polnische Staat das Erbe antreten.

Jeder dieser Eidgenossen verpflichtete sich, das Geheimnis kurz vor seinem Tode dem ältesten Sohne mitzuteilen,

der es nach genau 100 Jahren, also nach Ablauf des Jahres 1931, dem Staate offenbaren sollte. Der bereits erwähnte Anton Piętka hatte seine Heimat verlassen, um in Amerika sein Glück zu versuchen und soll es dort tatsächlich zu bescheidenem Wohlstande gebracht haben. Er weihte seinen Sohn Bartholomäus in das Geheimnis ein, der es jetzt, also genau nach Ablauf der festgesetzten Frist, seinem in Stengosch, Kr. Jarotschin wohnenden Bruder mitteilte, mit dem Auftrage, den Staat als Erben einzusetzen. Als jetzt Thomas Piętka, der jüngere Bruder, dem Starostenamte die sensationelle Mitteilung machte, daß der Staat in den Besitz solcher Reichtümer kommen solle, glaubte man ihm natürlich nicht. Erst nach Vorlegung des Briefes wurden die Arbeiten aufgenommen.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich das Gerücht von diesen vergrabenen Schätzen, und Leute aus den verschiedensten Gegenden zogen aus, um tatkräftig mitzuhelfen.

Der Kreis Jarotschin ist vom Goldfieber erfaßt worden. Freilich ist

bisher noch nichts gefunden

worden, da man den genauen Ort nicht kennt. Es heißt nur, daß die Kisten fünf Meter tief in der Erde lagern sollen, ungefähr drei Schritte vom Waldrande entfernt. Ein Brief wurde schleunigst an Bartholomäus Piętka nach Dickson Cike Pa abgeschickt, in dem um genaue Ortsangabe gebeten wird. Inzwischen aber wird der Waldstreifen abgebuddelt in fieberhafter Tätigkeit. Das Gold übt jenen gewaltigen Zauber aus, der schon in vergangenen Zeiten Menschen in unwirtlichste Gegenden lockte.

Feuerkampf mit Schwerverbrechern

Vor der Verhaftung des Mörders Frankowski

× Posen, 9. Februar.

Die von der deutschen und polnischen Polizei gesuchten Banditen Francke alias Frankowski und Marschollek, die, wie wir neulich berichteten, mehrere Raubüberfälle auf ihrem Gewissen haben und auch einen Landjäger in Stettin und den polnischen Grenzbeamten Gis ermordet haben, konnten, einer Pat.-Meldung aus Schneidemühl zufolge, in der Nähe von Driesen gestellt werden. Die Banditen eröffneten ein heftiges Feuer auf die sie verfolgenden Sicherheitsbeamten. Das Feuer wurde von den Polizisten und den Grenzwehrbeamten erwidert. Marschollek ergab sich, als er die Hoffnungslosigkeit seiner Lage einsah, während sich Frankowski mit zwei Revolvern, obwohl er stark blutete, den Rückzug zu erzwingen vermochte und sich im Walde, schon auf polnischer Seite, versteckte. Seine Festnahme soll eine Frage der nächsten Stunden sein.

Der deutsche Kunstflugmeister Fluglehrer der Ingenieurschule in Weimar.

Der deutsche Kunstflugmeister Gerd Achgelis aus Bremen tritt ab 1. April 1932 als Chefpilot und Fluglehrer in die Dienste der Fliegerschule der Ingenieurschule Weimar.

Inowrocław

z. Leiche gefunden. Am 5. d. M. wurde in dem der Stadt Inowrocław gehörigen Schuppen in der Lucjana 5 die Leiche eines Mannes gefunden. Bei der sofort eingeleiteten Untersuchung konnte festgestellt werden, daß es sich um den am 3. September 1868 geborenen verheirateten Arbeiter Michał Pietrzak handelt, der von seiner Frau getrennt lebt und in letzter Zeit in dem Schuppen hauste. Die nähere Untersuchung hat ergeben, daß der Tote wahrscheinlich schon am 1. Februar infolge seines Asthmaleidens verstorben ist. Ein gewaltsamer Tod liegt nicht vor.

z. Gelegenheit macht Diebe. Der 20jährige Knecht Jan Szucinis aus Płonkowo, Kr. Inowrocław, borgte sich in den letzten Tagen von seinem Brotgeber, dem Landwirt Jan Długosz, dessen Rock, in welchem sich 500 Złoty befanden. Als er das Vorhandensein des Geldes bemerkte, begab er sich sofort mit einigen Zechgenossen nach Leśnianki zum Vergnügen. Dort gab er das Geld mit vollen Händen aus, so daß es dem Polizeiposten verdächtig vorkam. Bei seiner Verhaftung gestand er dann auch die Unterschlagung ein. Der Rest des Geldes wurde ihm abgenommen und er selbst in das Inowrocławer Gerichtsgefängnis eingeliefert.

z. Kohlendiebe festgenommen. Bei einer vorgenommenen Polizeistreife auf dem Geleise Wymysłowo Górne, Kreis Mogilno, wurden bei Kohlendiebstählen von vorüberfahrenden Güterzügen auf frischer Tat ertappt und festgenommen: ein Józef Kubacki aus Wymysłowo G. und ein Wojciech Przybyszewski aus Tremessen. Der dritte Dieb, ein Felix Przybyszewski, entkam. Die Angelegenheit wurde dem Gericht übergeben.

Mogilno

× Landw. Verein Orchowo. Am Montag, dem 8. Februar, versammelte sich der Landwirtschaftliche Verein zu einer stark besuchten Versammlung, die nahezu 100 Mitglieder zusammenbrachte. Herr Kremer, der rührige Vorsitzende, begrüßte herzlich die Erschienenen. Der Chefredakteur des „Pos. Tagebl.“, Herr Styra, hielt einen Vortrag über die „Weltwirtschaftlichen Zusammenhänge“. Herr Rittergutsbes. Schneider, der frühere erste Vorsitzende, dankte und mahnte die Mitglieder zur Einigkeit und zum Zusammenhalt gerade in dieser ernsten Krisenzeit. — Besonders mit Anerkennung und Dank ist der Entschluß zu begrüßen, 20 Złoty, die den Ueberschuß aus einem Haushaltungskursus ergaben, der Posener Winterhilfe zu überweisen. Der Betrag ist heute bei der Landesgenossenschaftsbank eingezahlt worden. Diese Tat sei allen deutschen Gemeinden zur Nacheiferung empfohlen.

Gnesen

l. Einbruch. In einer der letzten Nächte wurde bei dem Gastwirt in Owischön (Owieczko) ein dreister Einbruch verübt. Nachdem die Diebe ein Fenster zertrümmert hatten, gelangten sie in den Laden, wo ihnen eine recht gute Beute in die Hände fiel. Gestohlen wurden 15 Liter Monopolschnäpse, 6 Liter Liköre, etliche Flaschen Wein, 1800 Zigaretten, 1½ Kisten Zigarren und verschiedenes andere. Der Geschädigte, Herr Środziński, erleidet einen Schaden von etlichen hundert Złoty. Trotz polizeilicher Untersuchungen konnte der Einbruch bisher nicht aufgeklärt werden.

Czarnikau

e. Einen Familienabend veranstaltete der evangelische Kirchenchor am Sonntag, dem 7. Februar, im Gemeindesaal. Gemeinsame Kaffeetafel, Chorlieder und Einzelvorträge sowie humoristische Darbietungen bereiteten Mitgliedern und Gästen einen fröhlichen Abend. Zum Schluß brachte auch die neu gegründete Männergesangsabteilung schon einige Lieder zum Vortrag, welche von dem Fleiß und Eifer des Chors zeugten.

Lissa

k. Der D. G. V. veranstaltete am vergangenen Sonnabend im kleinen Saale des Hotels Foest sein diesjähriges Faschingskränzchen. Der gesangliche Teil des Abends wurde vom großen Männerchor und von dem neu ins Leben gerufenen Doppelquartett glänzend bewältigt und brachte den Vortragenden reichen Beifall ein. Bis in die frühen Morgenstunden verweilten die Festteilnehmer bei Frohsinn und Tanz.

k. Tätigkeitsbericht des Arbeitslosenkomitees für den Monat Januar 1932. Zur Disposition des Komitees standen im verflossenen Monat 5354,27 Złoty Bargeld sowie Naturalspenden im Werte von 806,40 Złoty. Letztere wurden der Volksküche überwiesen. Für Beschäftigung von Arbeitslosen, für die Abfuhr von Kohlen sowie zum Ankauf von Mehl wurden 2355,61 Złoty ausgegeben. Im Januar wurden 40 Arbeitslose 161 Tage hindurch beschäftigt, 42 Arbeitslose, die letzthin übergangen wurden, bekamen einmalige Unterstützungen, deren Gesamthöhe sich auf 448 Złoty beläuft. Ende Januar wurden an 411 Arbeitslose 776 Zentner Kohlen ausgegeben. In der städt. Volksküche wurden im Monat Januar täglich 610 Mittagessen (zusammen 18 910) sowie 2480 Brote ausgegeben. In der Volksschulküche wurden an arme Kinder täglich Frühstücke sowie 400 Mittagessen verteilt. Die Militärbehörde lieferte täglich 80 Mittagessen. — Das Komitee beabsichtigt in allernächster Zeit wiederum Kohlen zur Verteilung zu bringen.

Posener Tageblatt

Recht und Steuern

Nr. 32

Mittwoch, den 10. Februar 1932

Landwirtschaftliche Buchführung und Einkommensteuer

Ein neues Rundschreiben des Finanzministers

Die Vorschriften über die Führung von Wirtschaftsbüchern, die von der Steuerbehörde als „ordnungsmäßige landwirtschaftliche Buchführung" und ausreichende Unterlage für die Steuerveranlagung anerkannt werden, sind in der Verordnung des Finanzministers vom 28. Juli 1931 enthalten (Dziennik Urzędowy Ministerstwa Skarbu Nr. 22, Pos. 335). Den Inhalt dieser Verordnung haben wir in unserer Beilage „Recht und Steuern" ausführlich wiedergegeben (vgl. „Posener Tageblatt" Nr. 212 und 218 vom 16. und 22. September 1931). Neuerdings wird im Amtsblatt des Finanzministeriums ein Rundschreiben des Finanzministeriums veröffentlicht, durch das einzelne Bestimmungen der Verordnung vom 28. Juli 1931 ergänzt bzw. näher erklärt werden (Rundschreiben vom 16. Dezember 1931. L. D. V. 16796 (I) 1931, veröffentlicht im „Dziennik Urzędowy Ministerstwa Skarbu Nr. 2, Pos. 41/1932). Nachstehend geben wir den Inhalt dieses sehr wichtigen Rundschreibens wieder:

Für die landwirtschaftliche Nebenindustrie ist **nicht** die Führung einer **kaufmännischen Buchführundg vorgeschrieben,** vielmehr können die Umsätze von land- oder forstwirtschaftlichen Nebenindustriebetrieben in besonderen, nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung geführten Büchern oder auch in den Wirtschaftsbüchern des landwirtschaftlichen Hauptbetriebes gebucht werden; in letzterem Falle ist es ausreichend, für die einzelnen Nebenindustriezweige besondere Konten einzurichten. Im Rundschreiben wird an dieser Stelle hervorgehoben, daß **kein Gesetz** Bestimmungen über die Führung von Wirtschaftsbüchern enthält, ferner daß nach dem Einkommensteuergesetz bei der Steuerveranlagung auch einfache Notizen (unvollständige Bücher) des Steuerzahlers nicht übergangen werden dürfen, **sofern deren Unglaubwürdigkeit oder Unredlichkeit nicht festgestellt** worden sind. Hieraus folgt, daß nicht allein durch formelle Mängel bei der Führung von Wirtschaftsbüchern oder Handelsbüchern, wie etwa Fehlen der fortlaufenden Numerierung der Buchseiten oder Unvollständigkeit der Bücher, trotz der Vorschriften des Handelsgesetzbuches für die kaufmännische Buchführung, solche Bücher ihre Beweiskraft bei der Einkommensteuerveranlagung verlieren.

Als **Kreditumsätze** im Sinne der Verordnung (§ 4, Ziffer 3) sind gewöhnliche Kredit- und Wechselumsätze zu verstehen.

Laut § 4, Ziffer 4 der Verordnung muß aus den Wirtschaftsbüchern ersichtlich sein Zu- und Abgang von landwirtschaftlichen Erzeugnissen usw. Diese Bestimmung betrifft nach der Auslegung des Rundschreibens eigene Erzeugnisse.

Zu- und Abgang von **Holz und anderen Brennmaterialien,** die in kleineren Mengen ausschließlich zur Versorgung des eigenen Haushalts eingekauft werden, brauchen nicht verbucht zu werden.

Die Verwaltungskosten können im Sinne des Rundschreibens des Finanzministeriums vom 29. 5. 1929, L. D. V. 6924/I in den in den Sozialgesetzen vorgesehenen Lohnlisten geführt werden. Die Löhne der Arbeiter (Deputanten und Tagelöhner) können im allgemeinen Konto „Gehälter" verbucht werden, wenn sie nicht das steuerfreie Existenzminimum übersteigen (2500 Złoty pro Jahr). Mit Rücksicht auf die verhältnismäßig niedrigen Löhne der Landarbeiter ist es im allgemeinen nicht erforderlich, eine Einzelkontrolle der Löhne der Arbeiter zu führen.

Der § 4, Ziff. 11 der Verordnung schreibt vor, daß eine Kontrolle über die durch das Personal und die Arbeiterschaft **für den Haushalt des Besitzers geleisteten Tätigkeiten** geführt wird. Auf diese Weise soll die Feststellung ermöglicht werden, welche von der Wirtschaft zugunsten des Haushalts des Besitzers geleisteten Arbeiten bzw. getragenen Unkosten dem Einkommen des Besitzers zugezählt werden müssen. Wenn eine solche Kontrolle über die für den Haushalt geleisteten Arbeiten nicht geführt wird, wird die Höhe dieser dem Einkommen zuzuzählenden Kosten auf Grund von Durchschnittsnormen ermittelt, die von den Finanzkammern im Einvernehmen mit den Landwirtschaftskammern gestellt werden.

Es soll in der Regel nicht die **Glaubwürdigkeit von Wirtschaftsbüchern** beanstandet werden, wenn in der Inventur nicht der Wert des Bodens und der Baumbestände berücksichtigt worden sind, da die Höhe des steuerpflichtigen Einkommens sich nicht ändert, wenn diese Vermögenswerte nicht in der Bilanz erscheinen. Ebenso kann der Wert der Aussaaten in der Inventur nicht berücksichtigt werden, wenn in den einzelnen Jahren keine größeren Aenderungen der Anbauflächen vorgenommen werden. Hierbei ist zu erwähnen, daß eine Vergrößerung der Anbauflächen gewöhnlich auf Kosten der nichtbebauten Brachfelder erfolgt.

Ueber **An- und Verkauf von Futtermitteln,** Abfällen, Klee, Heu, Stroh usw. braucht in der Regel keine besondere Kontrolle geführt zu werden; eine solche Kontrolle ist jedoch erforderlich, wenn in einer Wirtschaft oder in einem industriellen Nebenbetriebe derartige Produkte ständig gekauft oder verkauft werden.

Wenn eine **einfache landwirtschaftliche Buchführung** in der Weise eingerichtet ist, daß alle der Steuerbehörde erforderlichen Angaben aus ihr ersichtlich sind, wenn ein Memorial für Kreditumsätze, ein Kontokorrentbuch, Wechsel- und Akzeptbuch geführt werden, und wenn ferner eine Aufstellung der Umsätze der einzelnen Wirtschaftszweige vorhanden ist, kann die Prüfung einer solchen einfachen Buchführung durch den Bücherrevisor der Steuerbehörde nach den für die Prüfung einer doppelten Buchführung geltenden Vorschriften vorgenommen werden, d. h., der Steuerzahler ist nicht verpflichtet, besondere Einzelaufstellungen und Unterlagen beizubringen.

Zum Schluß wird in dem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß die Verordnung des Finanzministers vom 28. Juli 1931 („Posener Tagebl." Nr. 212 u. 218) hauptsächlich **Richtlinien für die Prüfung von Wirtschaftsbüchern** ohne Rücksicht auf die Art deren Führung enthalten. Die **Hinweise in bezug auf die Führung und Anlage der Bücher** sollen dazu dienen, den Steuerzahlern die Führung der Bücher so zu erleichtern, das dieselben möglichst geeignet als Unterlage für die Steuerbemessung sind. Wenn sich jedoch ein Steuerzahler nicht nach den Hinweisen richtet, die die Verordnung enthält, so ist dies kein Grund für die Ablehnung seiner Buchführung, denn Bücher und Notizen können nur in dem Falle abgelehnt werden, wenn die Buchungen als unredlich oder als unglaubwürdig erkannt worden sind. Das Finanzministerium weist die Steuerbehörden an, in dem ersten Jahr nach Erscheinen der Verordnung über die Wirtschaftsbücher besondere Rücksicht bei der Prüfung der Wirtschaftsbücher zu nehmen, da die landwirtschaftlichen Betriebe ihre Buchführungen erst allmählich den Vorschriften der Verordnung anpassen können.

Einkommensteuer und Krisenzuschlag

Die neuen Ausführungsverordnungen zum Einkommensteuergesetz

In der letzten Nummer des Dziennik Ustaw (Nr. 8 vom 6. Februar 1932) sind zwei Verordnungen des Finanzministers, und zwar Ausführungsverordnungen zur Novelle zum Einkommensteuergesetz und zum Gesetz über den Krisenzuschlag der Einkommensteuer erschienen.

In der Ausführungsverordnung zur Novelle zum Einkommengesetz wird bestimmt, daß die neue Berechnung der **Tantiemensteuer** bereits für alle Tantiemen, die nach dem 1. Januar 1931 ausgezahlt worden sind, in Anwendung kommt. Wir haben bereits über die neue Berechnung der Tantiemensteuer ausführlich in der Beilage „Recht und Steuern" des Posener Tageblattes berichtet (vergl. Pos. Tageblatt Nr. 254 vom 4. 11. 1931: „Was uns die Steuerreform bringt").

Diese Novelle bestimmt weiter, daß die erhöhte **Einkommensteuer von Dienstgehältern,** die von Angestellten, die von mehreren Arbeitgebern Gehälter beziehen, bereits für alle im Kalenderjahre 1931 gezahlten Gehälter zu zahlen ist. Der Zuschlag ist in vier Quartalsraten, und zwar am 5. März, 5. Juni, 5. September und 5. Dezember eines jeden Jahres zahlbar. Die betreffenden Steuerzahler (Angestellten!) sind verpflichtet, bis zum 5. März d. Js eine Deklaration auf amtlich vorgeschriebenen Formularen einzureichen und gleichzeitig ein Viertel der zu zahlenden erhöhten Steuer bei der Kasse des für den Wohnort zuständigen Steueramtes einzuzahlen. Formulare für die einzureichenden Deklarationen sind im Steueramt erhältlich. Wer die Deklaration nicht oder nicht fristgemäß einreicht, kann mit einer Geldstrafe in Höhe von 5 bis 250 Złoty bestraft werden.

Die Ausführungsverordnung zum Gesetz über den **Krisenzuschlag zur staatlichen Einkommensteuer** bestimmt, daß der Krisenzuschlag zum ersten Male für die Einkommensteuer für das Steuerjahr 1932 erhoben wird, d. h. für die Steuer für das Einkommen aus dem Kalenderjahr 1931, bzw. bei buchführenden Betrieben für das Einkommen aus dem Operationsjahr, das der Veranlagung zur Einkommensteuer für das Steuerjahr 1932 als Grundlage dient. Der Krisenzuschlag wird zusammen mit der Steuer berechnet und bezahlt; die Steuerpflichtigen sind daher verpflichtet, zusammen mit der ersten Rate der Einkommensteuer auch den Krisenzuschlag zur Einkommensteuer zu bezahlen. Ermäßigungen der staatlichen Einkommensteuer auf Grund Art. 27 und 29 des Einkommensteuergesetzes (Familienmitglieder, außergewöhnliche Umstände) ziehen nicht eine Ermäßigung des Krisenzuschlages nach sich. Dagegen erstrecken sich Niederschlagungen oder Ratenzerlegung der Staatssteuer auch auf den Krisenzuschlag. Berufungen gegen Veranlagungen zur Krisensteuer werden von den Berufungskommissionen nach dem im Einkommensteuergesetz vorgeschriebenen Verfahren behandelt.

Der **Krisenzuschlag zur Einkommensteuer von Dienstgehältern** ist zum ersten Male von der für Gehälter für den Monat Januar 1932 zu zahlenden Steuer und ferner von der Steuer für alle vom 1. Januar 1932 ab ausgezahlten Gehälter zu entrichten.

Der Krisenzuschlag zur Einkommensteuer von Dienstgehältern wird durch den Arbeitgeber zusammen mit der Steuer selbst berechnet und an die Steuerkasse entrichtet. Befreit vom Krisenzuschlag sind Staats- und Kommunalbeamte.

Ueber die Höhe und Art der Berechnung des Krisenzuschlags haben wir bereits ausführlich berichtet (vgl. den Aufsatz „Die Krisensteuer" im Posener Tageblatt Nr. 299 vom 30. 12. 1931, Beilage „Recht und Steuern").

Zum Schlusse erwähnen wir noch, daß mit der Einführung der Krisensteuer (Krisenzuschlag) nicht mehr der 10prozentige Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben wird. Dies gilt auch für die Einkommensteuer von Dienstgehältern.

Steuer-Rundschau

Gewerbepatente und Verzugsstrafen

Es kommt häufig vor, daß Steuerämter für Gewerbepatente, die nach dem vorgeschriebenen Termin, dem 1. Januar, gelöst werden, 1½ Prozent Verzugszinsen berechnen. Dies widerspricht dem Art. 2 des Gesetzes vom 31. Juli 1924 (Dz. Ust. Nr. 73, Pos. 721), der besagt, daß Verzugsstrafen erst vom 15. Tage nach Ablauf des Zahlungstermins erhoben werden dürfen. Hierzu hat das Finanzministerium im Rundschreiben Nr. 143 vom 4. 1. 1926 (L. DVO. 12011/3/25) erklärt, daß bei der Lösung von Gewerbepatenten nach dem 1. Januar Verzugsstrafen erst vom 15. Januar berechnet werden sollen.

Nach den angeführten ausdrücklichen Bestimmungen sind Verzugsstrafen bei Lösung von Gewerbepatenten in der Zeit vom 1.—14. Januar nicht gerechtfertigt.

Die Umsatzsteuer der Mühlen

Nach der Novelle zum Gewerbesteuergesetz ist ab 1. Januar 1932 der Steuersatz für Handelsmühlen, die ordnungsmäßige Handelsbücher führen, von 2 auf 1 Prozent ermäßigt worden. Unter Handelsmühlen ist in diesem Falle nach dem Wortlaut des Gesetzes und im Sinne einer Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 29. 1. 1930 L. rej. 3364/28 nicht eine besondere Kategorie von Mühlen zu verstehen, sondern das Gesetz unterscheidet bei Mühlen Umsätze, die durch den Verkauf eigener Mehlerzeugnisse (Mehl, Grütze, Kleie, Schrot usw.) erzielt werden (Handelsmühlen) und Umsätze der Kundenmüllerei. Während der Steuersatz für Umsätze der Handelsmüllerei, d. h. Umsätze aus dem Verkauf von eigenen Mehlerzeugnissen auf 1 Prozent ermäßigt worden ist, bleibt der Steuersatz der Kundenmüllerei weiterhin 2 Prozent. Als Umsatz der Kundenmüllerei gilt nach der oben angegebenen Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 29. 1. 1930 nicht etwa der Wert des vermahlenen Getreides, sondern die in Geld oder in Naturalien erhaltene Vergütung für das Vermahlen fremden Getreides (Mahllohn). Die Mühlen, die von der Erleichterung der Novelle zum Gewerbesteuergesetz Gebrauch machen wollen, und von der „Handelsmüllerei" nur 1 Prozent Umsatzsteuer zu zahlen beabsichtigen, sind verpflichtet, ordnungsmäßige Handelsbücher zu führen; bei der Anlage der Bücher wird es sich empfehlen, zwei getrennte Umsatzkonten für Handelsmüllerei und für Lohnmüllerei einzurichten.

Abgabe der Umsatzsteuererklärungen bis 15. Februar!

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß die Frist für die Abgabe der Umsatzsteuererklärungen für das Jahr 1931 am 15. Februar d. J. abläuft. Zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung sind verpflichtet:

1. Handelsunternehmen I. und II. Kategorie,
2. gewerbliche Unternehmen I.—V. Kategorie,
3. gewerbliche Beschäftigungen Kategorie I und Kategorie II a und II b,
4. alle freien Berufe.

Die Verletzung der Pflicht zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung wird gemäß Art. 103 des Gewerbesteuergesetzes mit einer Geldstrafe in Höhe von 50—500 Złoty bestraft. Zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung berechtigt sind alle Gewerbesteuerzahler. Die Umsatzsteuererklärung muß unter Benutzung der amtlichen Formulare, die die zuständigen Aemter den Steuerzahlern unentgeltlich aushändigen, erfolgen. Für verschiedenartige Unternehmen (verschiedene Gewerbepatente) müssen besondere Erklärungen abgegeben werden. Im Sinne der einschlägigen Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichts muß die Umsatzsteuererklärung per Einschreibebrief oder Empfangsbestätigung eingeschickt werden, da im Zweifelsfalle der Steuerzahler den Nachweis zu erbringen hat, ob er eine Erklärung abgegeben hat. Eine nach der gesetzlichen Frist abgegebene Erklärung gilt als nicht eingereicht.

Aus den Konzertsälen

XVI. Symphonie-Konzert im „Großen Theater"

Das XVI. Symphonie-Konzert im „Großen Theater" war ausschließlich französischen Komponisten reserviert: den beiden Romantikern César Franck (1822—90) und Saint-Saëns (1835—1921) sowie dem Hauptvertreter dem Impressionismus und reinen Stimmungsmusiker Débussy (1862—1918). Ersterer war mit seiner D-Moll-Symphonie zur Stelle, ein Werk, welches es verdient, von Zeit zu Zeit auf das Programm größerer musikalischer Veranstaltungen gesetzt zu werden. Es darf nämlich nicht vergessen werden, daß neben Berlioz der wohl in Belgien geborene aber im Franzosentum völlig aufgegangene Franck der bedeutendste unter den modernen französischen Tonsetzern ist. Er war nach dem Schöpfer der „Phantastischen Symphonie", die unlängst in Posen zu hören war, der größte Symphoniker Frankreichs. Die mit ihm einsetzende Kompositionsschule — er war Romantiker mit starken Neigungen zur Klassik — beherrscht noch heute das dortige Musikleben. Die charakteristische tonkünstlerische Denkungsweise Francks tritt nun ganz besonders scharf in seiner D-Moll-Symphonie in den Vordergrund. Neben der Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Form werden vor allen Dingen die Beibehaltung des thematischen Materials in allen Sätzen und die funkelnde Harmonisation und Tonmalerei offenkundig. Angesichts solcher bedeutsamen Musikalität stört es nicht weiter, daß der erste Satz etwas zu reichlich ausgefallen ist, tritt die Tatsache der Wagnerschen Einflüsse ganz von selbst in den Hintergrund. Die soeben erwähnten prägnantesten Merkmale der Franckschen Tonkunst mußten dem aufmerksamen Hörer im Verlauf der Wiedergabe eines seiner besten Werke eigentlich unschwer wahrnehmbar werden. Und zwar, weil Herr Z. Latoszewski seinen kapellmeisterlichen Erkennungsdienst insbesondere auf diese regierenden Eigenschaften der Partitur eingestellt hatte. Der Aufbau und die Hindurchleitung der Themen erhielten namentlich in den Takten, wo sie ein krönendes Gepräge annehmen, einen Zug ins Großartige. In solchen Augenblicken war die volle Macht der Persönlichkeit Francks, für die unser Dirigent besonders empfänglich zu sein scheint, sehr wohl zu spüren, und es wurde ziemlich klar, aus welchem Grunde dieser französische Komponist derart im Brennpunkt der Anerkennung steht. Wenn ich einige harmonische Verschleierungen im Mittelsatz in Abzug bringe, wurde außerordentlich kultiviert gespielt, insonderheit kam die gepflegte Modulationsfähigkeit, über welche das Orchester verfügte, der Interpretation der hochwertigen Tondichtung zugute. Völlig in Stimmungseindrücke gewickelt waren zwei Nocturnos von Débussy („Nuages" und „Fêtes"). Es geht da klanglich meist etwas schwül zu. Aber interessant ist es, wie der viel umstrittene Komponist hier in der Ersinnung neuartiger Klangwirkungen und der Verwebung instrumentaler Stimmen Tonfolgen schafft, die in der Form schwer antastbar sind, und deren eigenartig rhythmisierte Melodik und Harmonik bestimmt anreizen. Das taten sie denn auch im „Großen Theater" zu Posen. Herr Latoszewski brachte sie sozusagen im mystisch-verführerischen Schimmer einer Ampel und im Duft berauschender Wohlgerüche zum Erklingen. In der Débussyschen Musik ist ja viel Patschuli enthalten. Jedenfalls war der Instrumentalkörper während dieser zwei Nachtstücke ausgezeichnet dynamisch abgestimmt, und ihren Augenblicksideen wurde orchestral volle Gerechtigkeit zuteil. Dieselbe Ehre widerfuhr Saint-Saëns in seiner symphonischen Dichtung „Phaëton", die ganz im Geiste Liszts gehalten ist, aber trotzdem zum Beweis seiner fabelhaften Vielseitigkeit als Komponist dienen kann. Mit der ihm eigenen eleganten Sicherheit und Inhaltstiefe hat er hier eine Tonschilderung entwickelt, an der weder tonsetzerisch noch darstellerisch etwas auszusetzen ist. Unser Dirigent hat diese Komposition schon einmal dargeboten. Er steht demnach mit ihren mannigfachen Schönheiten bereits auf freundschaftlichem Fuße. Was an Betonung des Schönen und Steigerung der Klangsprache herauszuheben war, wurde von seiten der Kapelle besorgt. Es steckte in diesem Musizieren ein lebhafter Wille, immer sich wahr zu geben. Damit wird einer Tonschöpfung, sofern sie nicht negativ anzusprechen ist, natürlich am meisten gedient.

Solist des Konzerts war der Warschauer Violinist Herr Wacław Kochański. Seine Wahl war auf Saint-Saëns gefallen, den (vorläufig) letzten französischen Vertreter des Violinkonzerts. Von Geigenwerken dieser Gattung hat letzterer drei geschrieben, dasjenige in H-Moll ist das bedeutendste von ihnen, und mit ihm errang der Gast auch einen anständigen Sieg in Posen. Niemand wird ihn Herrn Kochański mißgönnen, denn sein Vortrag verband derart viel technische Präzision mit virtuoser Schulung, daß ihm die Ueberzeugung, er wäre der berufene Repräsentant eines glänzend talentierten Künstlertums, nicht so leicht streitig zu machen sein dürfte. Welch warme Lyrik lag u. a. in seinem Ton bei der Ausführung des Andantino quasi Allegretto mit den hier herausschimmernden pastoralen Farben! Daß er mittels der langen Flageolett-Stelle am Schluß des zweiten Satzes einen bestechenden poetischen Effekt erzielte, war nach dem, was vorangegangen war, zu erwarten. Schade nur, daß gerade im Verlauf dieses Teils die Begleitung es dynamisch zu gut meinte und z. B. von dem Blech teilweise das wunderbare Bild wenig sanft behandelt wurde. Jedoch blieb so reichlich erhabene Kunst übrig, daß Herr Kochański sein Instrument — eine Stradivari übrigens, wie ich hörte — in den Kasten zurücklegen konnte in dem Gefühl, auch die Gunst der Posener Musikfreunde in Besitz genommen zu haben.

Alfred Loake.

Neue Dokumente zum Krieg im Westen. Mit einem Geleitwort des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, unter Mitarbeit von Kronprinz Wilhelm, Generaloberst von Einem, den Generalen von Eberhard, von Hutier, Krafft von Delmensingen, von Mudra, Sixt von Armin, von Strantz, Generalmajor Hesse, Admiral von Schröder — die als Verfasser für die Kriegsgeschichte der einzelnen Frontabschnitte zeichnen —, wird in Kürze eine Veröffentlichung erscheinen, die für alle Frontkämpfer ein Ereignis bedeutet. Die erste farbige Bilddarstellung der Westfront wird in einem repräsentativen Tafelwerk: Das Gesicht der Westfront, das bei der Akademischen Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H Potsdam erscheint, der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Diese wertvollen historischen Bilddokumente, die der Kriegsmaler Ernst Vollbehr auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung in den vier Kriegsjahren schuf, geben ein wirklichkeitsgetreues, ungemein eindrucksvolles Abbild der französischen Frontlandschaft von der Schweiz bis zur Nordsee. Sämtliche Bilder sind während der Kampfhandlungen vom Flugzeug und Fesselballon oder von der vordersten Linie aus gemalt und zu großen Panoramagemälden unter Assistenz sachkundiger Generalstabsoffiziere ausgeführt worden. Den ursprünglichen Plan, dieses einzig dastehende, großartige Bilderwerk in einem Kriegsmuseum für die Nachwelt festzuhalten, machte das Diktat von Versailles zunichte. Um so mehr wird man diese Publikation begrüßen, die berufen ist, als Kriegsdokument und Erinnerungswerk ein deutsches Volksbuch vom Weltkriege an seiner entscheidenden Front zu werden. Wir werden nach Erscheinen auf das Werk zurückkommen.

Die Lage am internationalen Getreidemarkt

Trotz günstiger statistischer Marktentwicklung: Mangelnde Unternehmungslust in Uebersee — Unsicherheit in Deutschland

Der internationale Getreidemarkt hat auch in der vergangenen Woche verhältnismässig schwach und lustlos gelegen. Das hängt aber weniger mit der statistischen Lage zusammen, als mit der mangelnden Unternehmungslust. An und für sich wären haussegünstige Momente genug vorhanden gewesen, um eine Aufwärtsbewegung grösseren Stils zu begründen. Man braucht nur an die Verwicklungen im Fernen Osten zu denken, die über kurz oder lang ihren Einfluss auf den Getreidemarkt ausüben müssen, denn kämpfende Truppen können nicht mit Reis, sondern müssen mit Brot ernährt werden. Die landwirtschaftliche Produktion in den Kampfgebieten wird natürlich gleichzeitig beeinträchtigt, und Russland, das an den Verwicklungen ja in starkem Umfange interessiert ist, wird sich in seinen Getreideabgaben aus durchsichtigen Gründen sehr zurückhalten müssen. In zweiter Linie werden sich auch die amerikanischen Ankurbelungsbestrebungen schon sehr bald auswirken müssen. Vielleicht wartet das Farm Board schon bald mit einer Ueberraschung auf. Die statistischen Weltvorräte können zudem in den nächsten sechs Monaten nicht zunehmen. Der Verbrauch aber muss schliesslich zwangsläufig steigen. England hat zwar eine Vorversorgungspolitik grossen Stils getrieben, aber es wird bald wieder kaufen müssen. Das gleiche gilt für Frankreich und Italien, die bereits ihre Vermahlungsquoten für Auslandsweizen weiter erhöht haben. Die Ernteaussichten sind im übrigen hier nicht einmal besonders günstig, denn in den Vereinigten Staaten wird über den unbefriedigenden Stand der Winterweizensaat geklagt, und in Kanada, das einen schneearmen Winter aufwies, glaubt man nicht an eine besonders ertragreiche Ernte infolge der ungünstigen Aussaatverhältnisse.

Unter diesen Umständen kann man die flaue Stimmung wohl nur auf die starken Angebote Argentiniens und Australiens zurückführen. Schon seit einer ganzen Zeit verkauft Argentinien Weizen zu Preisen, die unter denen für Manitoba- und Hardwinterweizen liegen. Das begünstigt natürlich die Baissevorstösse, die in der letzten Zeit auf dem Weltweizenmarkt wieder gemacht worden sind. Eine gewisse Widerstandsfähigkeit kann man aber darin erblicken, dass sich in Uebersee das Preisniveau trotzdem kaum wesentlich gesenkt hat. Für die Weizenterminnotierungen ergeben sich in Chikago gegenüber der Vorwoche sogar leichte Preiserholungen, während die Roggenpreise in Amerika weiter im Fallen begriffen sind.

Internationale Getreidepreise:

	23. 1.	30. 1.	6. 2.
Weizen:			
Chikago per März	56.—	56½	55⅝
Winnipeg per Mai	62¼	62⅝	63.—
Buenos Aires per Februar	5.77	5.85	5.90
Roggen:			
Chikago per Mai	45⅞	46⅝	45½
Winnipeg per Mai	46⅛	46¼	45⅜
Hafer:			
Chikago per Mai	25⅝	25⅞	24½
Winnipeg per Mai	32½	31¾	32⅛
Mais:			
Chikago per März	38.—	37¾	36⅛
Buenos Aires per Februar	4.25	4.04	4.06.

In Deutschland hat sich die Aufwärtsbewegung der Vorwoche, wenn auch in gemässigtem Tempo, fortgesetzt, soweit die prompten Weizennotizen in Frage kommen. Im übrigen herrscht hier die denkbar grösste Unsicherheit. Man sieht hier über die Agrar- und Preispolitik der Regierung noch in keiner Weise klar. Widersprechende Meldungen lassen bald eine weitere Senkung des Preisniveaus, bald die Stützung der Landwirtschaft als in Aussicht stehend erscheinen. So hat auf der Grünen Woche Minister Schiele den weiteren Schutz der Veredelungswirtschaft versprochen, während der Preiskommissar Dr. Goedeler die „Autarkie" als unvermeidbare Tatsache anerkannt hat. Wie weit man mit einer Senkung der Preisspanne auf Kosten der Mühlen und des Bäckergewerbes kommen wird, kann auch noch kein Mensch überblicken. Der Getreidehandel zieht es unter diesen Umständen vor, sich soweit wie möglich zurückzuhalten und nur das unumgänglich Notwendige von der Hand in den Mund zu kaufen. Namentlich in Weizenmehl ist zudem das Geschäft wieder stark abgeflaut. Der Roggenmarkt wird durch die Abgaben der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft an Russenroggen ständig unter Druck gehalten. Man weiss jedoch, dass auch die Russenvorräte nicht unerschöpflich sind und erwartet mit einiger Spannung die Vorratsstatistik per 15. Januar. Etwas besser war im Laufe dieser Woche das Geschäft in Gerste, die in Brauqualitäten stärker gesucht war; Futter- und Industriegerste blieb völlig interesselos. Haferpromptware wurde zu unveränderten Notierungen aufgenommen, während die Terminnotierungen weiter abbröckelten.

Berliner Getreidepreise (per 1000 kg in M.)

	25. 1.	1. 2.	8. 2.
Weizen:			
märkischer	231.—	240.—	243.—
per März	245.—	254.50	253.25
per Mai	253.75	262.25	260.88
Roggen:			
märkischer	197.—	199.—	195.—
per März	208.—	205.—	201.75
per Mai	213.—	212.37	208.75
Hafer:			
märkischer	142.—	142.—	142.—
Gerste:			
Braugerste	163.—	163.—	164.—
Futter u. Industriegerste	155.50	155.—	155.—

Bessere Schweinekonjunktur?

Das Handelsprovisorium mit Oesterreich

Das in der vorigen Woche abgeschlossene und unterzeichnete Handelsprovisorium mit Oesterreich wird in Polen als wichtiger Schritt zur Wiederanbahnung normaler Wirtschaftsbeziehungen angesehen. Es wurde einstweilen auf drei Monate abgeschlossen, tritt sofort in Kraft und gilt bis zum 4. Mai d. J., es soll jedoch auch während dieser Zeit mit vierzehntägiger Frist zu jedem Monatsletzten gekündigt werden können. Während der Laufzeit des Provisoriums sollen Verhandlungen über eine Revision des alten polnisch-österreichischen Handelsvertrages auf breiterer Grundlage, als es im Provisorium geschehen, aufgenommen werden. Das wichtigste von Oesterreich Polen zugestandene Einfuhrkontingent ist das für lebende und geschlachtete Schweine und Kälber, das nach der „Gazeta Handlowa" erheblich grösser ausgefallen sein soll als die polnische Ausfuhr von Schweinen und Kälbern nach Oesterreich in den letzten drei Monaten.

Der gegenseitigen Zumessung der Einfuhrkontingente in diesem Provisorium liegt der von polnischer Seite aufgestellte Grundsatz zugrunde, dass die Zahlungsbilanz zwischen den beiden Ländern im Ausgleich gehalten werden soll. Da Oesterreich aus Polen Zins- und Geschäftsgewinne von seinem in Polen investierten Kapital von ca. 30 Mill. Dollar bezieht, Polen dagegen ähnliche Einnahmen aus Oesterreich nicht hat, ist in dem Provisorium zwecks Ausgleichs der Zahlungsbilanz zwischen beiden Ländern ein Ausfuhrüberschuss im Handel mit Oesterreich zugestanden worden. Das ist in der Weise festgelegt worden, dass die österreichischen Einfuhrkontingente ausserdem für Kohle den polnischen Einfuhrkontingenten genau entsprechen, die polnische Kohlenausfuhr nach Oesterreich aber den polnischen Ausfuhrüberschuss darstellen soll. Selbstverständlich handelt es sich nicht um eine grundsätzliche Neuorientierung der polnischen Handelspolitik. Polen denkt nicht daran, diesen seinen neuen Grundsatz auch solchen Ländern (z. B. England) gegenüber aufzustellen, denen es auf Grund dieses Prinzips eine gegenüber den jetzigen Handelsumsätzen vermehrte Einfuhr zugestehen müsste.

Um die Stillegung der Brennereien

Am heutigen Dienstag findet im Präsidium des Ministerrates eine Sitzung der Spirituskommission statt, deren Hauptaufgabe die Festlegung der Richtlinien für die Kauf- und Verkaufspolitik des Monopols in der Kampagne 1932-33 ist. Da, wie wir bereits berichteten, der Plan besteht, sämtliche landwirtschaftlichen Brennereien in der kommenden Kampagne stillzulegen oder doch ihre Tätigkeit erheblich einzustellen, sieht man dieser Sitzung und ihren Ergebnissen mit grosser Spannung entgegen. Das Spiritusmonopol steht auf dem Standpunkt, dass es bei seinen ungeheueren Vorräten, die mehr als 700 000 hl betragen sollen, es nicht verantworten kann, seine Käufe unter Beibehaltung der bisherigen Kontingente weiterzuführen. Demgegenüber muss noch einmal mit aller Schärfe betont werden, dass es sich hierbei um eine Lebensfrage für die Landwirtschaft handelt, die unter keinen Umständen aus fiskalischen Rücksichten zu neuen Einbussen verurteilt werden darf. Mit der Gründung des Monopols hat der Staat die Aufgabe übernommen, für einen laufenden Absatz der Brennereien Sorge zu tragen, und kann sich dieser Aufgabe nicht einfach entziehen.

Kohle in der polnischen Handelspolitik

In Warschau treffen demnächst Vertreter des Verbandes Skandinavischer Kohlenimporteure ein, um mit der Polnischen Kohlenkonvention über allgemeine, die Kohleneinfuhr aus Polen betreffenden Fragen zu verhandeln.

Im Zusammenhang mit den in der letzten Zeit erlassenen Einfuhrverboten finden zurzeit in Budapest polnisch-ungarische Kontingentverhandlungen statt. Die Bemühungen der polnischen Delegation sind besonders auf die Festsetzung eines Einfuhrkontingents für polnische Kohle gerichtet. — In dem am 6. Februar in Wien unterzeichneten polnisch-österreichischen Handelsprovisorium ist Kohle ausserhalb des dem Abkommen zu Grunde liegenden wertmässigen Ausgleiches der beiderseitigen Kontingente gelassen worden, vielmehr wird Kohle den Aktivsaldo des Warenaustausches für Polen ausmachen.

Das Staatsdefizit im Januar

Die Einnahmen des Staates beliefen sich im Januar auf 175.3 Mill. zł, die Ausgaben auf 178 Mill. zł. Das Defizit beträgt demnach 2.7 Mill. zł. Das Defizit im Januar — im November und Dezember war bekanntlich ein kleiner Ueberschuss zu verzeichnen — ist in erster Linie auf die Verluste der staatlichen Forstverwaltung infolge des Rückganges der Holzpreise sowie auf die verringerten Einnahmen der Staatseisenbahnen infolge des Rückganges der Transporte zurückzuführen.

Kleine Meldungen

Vieh nach Griechenland

Die Krakauer Firma „Bos" hat über Constanza einen Viehtransport nach Griechenland abgehen lassen, der sich aus 400 Stück Rinder, 100 Schweinen, 1500 Hammeln, 100 Kälbern und 16 Pferden zusammensetzt.

Polnisch-schwedische Vereinbarung über Akkumulatorenbau

Die polnische Gesellschaft „Ruths", eine Tochtergesellschaft der Ruths Accumulator A/B in Stockholm, ist mit der Warschauer A.G. für Lokomotivbau eine Arbeitsgemeinschaft zur Herstellung von Akkumulatoren eingegangen, wobei die technische Leitung dem schwedischen Unternehmen, die Ausführung mit Ausnahme gewisser Spezialapparate und der Vertrieb der Warschauer Lokomotivbau überlassen wird.

Neue Naphthakonvention

Das Industrie- und Handelsministerium hat den beteiligten Industrie- und Handelskammern einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer Naphthakonvention zur Begutachtung übergeben. Das Gesetz enthält auch Bestimmungen über die Naphthaausfuhr.

Stark rückgängiger Verkehr in Danzig und Gdingen

Der Danziger Hafen verzeichnete im Monat Januar d. J. einen seewärtigen Schiffsverkehr von 266 200 (Vormonat: 322 200) eingehenden und 266 000 (340 000) ausgehenden Nettoregistertonnen; es ist somit ein Rückgang von beinahe 20 Prozent gegenüber dem Vormonat eingetreten, während im Januar 1931 sich der Schiffsverkehr auf der Höhe desjenigen vom Dezember 1930 gehalten hatte. Der Hafen Gdingen registrierte im Januar d. J. einen Schiffsverkehr von 206 900 (Vormonat: 214 800) eingehenden und 204 000 (220 200) ausgehenden Nettoregistertonnen; dagegen war hier der Rückgang im Güterumschlag ebenso gross wie der im Danziger Schiffsverkehr. Gdingen importierte im Januar nur noch 7100 t gegen 14 000 t im Dezember v. J., und der Export belief sich auf nur 372 400 t gegen 454 000 t im Vormonat: die Kohlenausfuhr ging von 407 400 t im Dezember v. J. auf 343 300 t im Januar d. J. zurück.

Die Verschuldung der polnischen Landwirtschaft

über 4 Milliarden Złoty

Nach Berechnungen des Prof. Ohanowicz-Posen beläuft sich die Gesamtverschuldung der polnischen Landwirtschaft auf über 4 Milliarden zł, indem sie sich im einzelnen folgendermassen zusammensetzt: Steuerrückstände 110 Mill. zł, rückständige Sozialversicherungsbeiträge 40 Mill. zł, langfristige Kredite 2 350 Mill. zł (davon entfallen 70 Mill. zł auf rückständige Zinsen und Tilgungsraten), kurzfristige Kredite 1 520 Mill. zł.

Posener Viehmarkt

vom 9. Februar 1932.

Auftrieb: Rinder 560, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 1400 Kälber 391, Schafe 102, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 2453.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Schlachthof Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	60—66
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	54—58
c) ältere	40—48
d) mäßig genährte	30—40
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	56—62
b) Mastbullen	48—54
c) gut genährte, ältere	38—44
d) mäßig genährte	32—36
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	60—66
b) Mastkühe	52—58
c) gut genährte	30—38
d) mäßig genährte	24—28
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	62—66
b) Mastfärsen	50—58
c) gut genährte	40—44
d) mäßig genährte	32—40
Jungvieh:	
a) gut genährtes	32—40
b) mäßig genährtes	26—30
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	74—80
b) Mastkälber	68—72
c) gut genährte	60—66
d) mäßig genährte	46—52
Schafe:	
a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	54—56
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	46—52
c) gut genährte	
Mastschweine:	
a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	82—84
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	78—80
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	74—76
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	70—74
e) Sauen und späte Kastrate	68—74
f) Bacon-Schweine	
Bacon-Schweine loco Verladestat. I. Kl.	66—68
„ „ „ II. Kl.	62—66

Marktverlauf: sehr ruhig.

Märkte

Posen, Getreide. 9. Februar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Poznań.

Richtpreise:

Weizen	23.75—24.50
Roggen	22.75—23.25
Gerste 64—66 kg	19.25—20.25
Gerste 68 kg	20.75—21.75
Braugerste	23.00—24.00
Hafer	19.50—20.00
Roggenmehl (65%)	34.50—35.50
Weizenmehl (65%)	36.50—38.50
Weizenkleie	14.00—15.00
Weizenkleie (grob)	15.00—16.00
Roggenkleie	14.50—15.00
Raps	32.00—33.00
Sommerwicke	22.00—24.00
Peluschken	21.00—23.00
Viktoriaerbsen	23.00—27.00
Folgererbsen	30.00—33.00
Blaulupinen	12.00—13.00
Gelblupinen	15.50—16.50
Senf	33.00—40.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 60 to., Weizen 255 to., Rotklee 1 to., Saatkartoffeln 15 to., Sojaschrot 50 Zentner, Erdnußmehl 50 Zentner.

Getreide. Warschau, 8. Februar. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau, für 100 kg in Złoty, im Grosshandel, Parität Waggon Warschau: Roggen 23.25—23.75, Gutsweizen 27—27.50, Sammelweizen 26—26.50, Einheitshafer 23—24, Sammelhafer 20.50—21.50, Gerstengrütze 21—21.50, Braugerste 23 bis 24, Feldspeiseerbsen 26—30, Viktoriaerbsen 30 bis 34, Winterraps 33—34, Rotklee 175—200, bei Reinheit bis zu 97 Prozent 220—250, Weissklee 250—350, bei Reinheit bis 97 Prozent 350—450, Weizenluxusmehl 43—50, Weizenmehl (0000) 38—43, gebeuteltes Roggenmehl 40—42, gesiebtes und Roggenschrotmehl 31 bis 32, mittlere Weizenkleie 15—15.50, Roggenkleie 14—14.50, Leinkuchen 23—24, Rapskuchen 18—19, Sonnenblumenkuchen 18.50—19.50, Seradella, doppelt gereinigt 27—30, Blaulupinen 14.50—16.50, gelbe 18 bis 20, Peluschken 25—27, Wicken 23—25, Leinsamen 99proz. 34—36. Tendenz: etwas fester.

Danzig, 8. Februar. Letzte amtliche Notierung für 100 kg. Weizen, 128 Pfd., Konsum 14.40, Weizen, 128 Pfd., rot, bunt 14.40, Gerste, feine 14.50—15.50, Gerste, mittel 13.50—14.50, Futtergerste 12.50—13, Hafer 12.50—13, Viktoriaerbsen 15—18, Grüne Erbsen 19—21, Kleine Erbsen 13—14, Roggenkleie 8.75—9, Weizenkleie 8.75—9, Wicken 14—15, Peluschken 15 bis 16. Zufuhr nach Danzig in Wagg.: Weizen 1, Roggen 18, Gerste 35, Hülsenfrüchte 11, Kleie und Oelkuchen 1, Saaten 7.

Produktenbericht. Berlin, 8. Februar. Weiter schleppend. Das Geschäft an der Produktenbörse hat auch zu Beginn der neuen Woche keine Belebung erfahren. Das ersthändige Offertenmaterial von Inlandsbrotgetreide bleibt gering, und die Forderungen sind hoch gehalten, andererseits gehen Anschaffungen nicht über die Deckung des notwendigsten Bedarfs hinaus. Der Ausweis des Deutschen Landwirtschaftsrates über die am 15. Januar bei der Landwirtschaft vorhandenen Bestände vermochte zunächst nicht die Preisgestaltung zu beeinflussen. Für Weizen und Roggen wurden im Promptgeschäft Sonnabendpreise genannt, am Lieferungsmarkt setzte Weizen gleichfalls unverändert ein, während Roggen, dessen Preisbewegung durch die staatliche Gesellschaft sorgfältig beobachtet wird, bis 0.50 Mark schwächer lag. Weizen- und Roggenmehle haben weiterhin kleines Bedarfsgeschäft, wobei billigere Provinzroggenmehle bevorzugt bleiben. In Hafer und Gerste hat der Absatz an den Konsum keine Belebung erfahren, das Angebot trat vereinzelt etwas mehr in Erscheinung. Weizen- und Roggenexportscheine lagen eher etwas ruhiger.

Berlin, 8. Februar. Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg ab Station. Preise in Goldmark. Weizen, märk. 242—244, Roggen, märk. 194—196, Braugerste 160—168, Futter- und Industriegerste 153—157, Hafer, märk. 138—146, Weizenmehl 29—33, Roggenmehl 27.20—29.30, Weizenkleie 9.50 bis 9.90, Roggenkleie 9.50—9.90, Viktoriaerbsen 21—27.50, Kleine Speiseerbsen 21—23.50, Futtererbsen 15—17, Peluschken 16—18, Ackerbohnen 14—16, Wicken 16 bis 19, blaue Lupinen 10—12, gelbe Lupinen 14.50 bis 16, neue Seradella 23—29, Leinkuchen 11.20, Trockenschnitzel 7.30—7.40, Soyaschrot, ab Hamburg 10.50, ab Stettin 11.60, Kartoffelflocken 12.50—12.60.

Getreide-Termingeschäft. Berlin, d. 8. Februar. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg, Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71.5 kg Hektoliter-Gewicht: März 253.50 bis 253, Mai 261—260.75; Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht: März 202—201.50, Mai 209 bis 208.50; Hafer: März 154—152.75, Mai 161—160.

Hamburger Cifnotierungen für Auslandsgetreide. Amtliche Notierungen des Hamburger Marktes (hfl. je 100 kg). Weizen: Manitoba I schw. 6.65, Febr. 6.65, do. II schw. 6.25, Febr. 6.25, Amber Durum I Can. Febr. 8.12½, Rosa Fé (80 kg) Febr.-Mai 4.87½, Barusso (80 kg) Febr.-Mai 4.87½, Bahia (80 kg) Febr.-Mai 5.07½. — Gerste: Donau Febr. 5.15, La Plata (64—65 kg) Febr.-März 5.05, Russen (62—63 kg) 5.30. — Roggen: La Plata (74 bis 75 kg) Febr.-März 4.77½, Süd-Russen (73 kg) 5. — La Plata loko schw. 3.52½, do. März 3.55, do April 9.60, Donau (Galfox) 3.40, Febr. 3.45. — Hafer: Unclipp. Plata (46—47 kg) Febr.-März 4.12½. Clipped Plata (51—52 kg) Febr.-März 4.32½. — Weizenkleie: Bran schw. 3.80, do. Febr. 3.80, do. April 3.80. — Leinsaat: La Plata (96%) Febr. 7.15, do. März 7.12½. Rizinus Febr.-März 12,17,16, Bombay Febr.-März 12.5

Kartoffeln. Berlin, 8. Februar. Speisekartoffeln: Weisse 1.50, rote 1.70—1.90, Odenwälder blaue 1.80—2, andere gelbfleischige ausser Nieren 2.10 bis 2.30. Fabrikkartoffeln 8 —9 Pfg. pro Stärkeprozent. Exportware über Notiz.

Eier. Berlin, 8. Februar. Deutsche Eier. Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 g 9½, Klasse A 60 g 8¼, Klasse B 53 g 7½, Klasse C 48 g 6¾; aussortierte kleine und Schmutzeier 5 bis 6 Pfg. Auslandseier. Dänen 18er 9½, 17er 9, 15½ bis 16er 7¼—7½, leichtere 6—6½; Holländer Durchschnittsgewicht 68 g 9½, 60—62 g 7½—8, 57—58 g 7¼, leichtere 6½—7; Rumänen 5½—7; Ungarn 6½, Jugoslawen 6½; Polen normale 5½—6, kleine mittel Schmutzeier 5 Pfg. Witterung: trübe. Tendenz: schwächer.

Posener Börse

Posen, 9. Februar. Es notierten: 5% Konvert.-Anl. 39.50 G (39.50), 8% Dollarbr. d. Pos. Landsch. 75.50 G (75.50), Amortis.-Briefe 68 + (69), 4% Konvert.-Pfandbr. d. Pos. Landsch. 31 G (31), 6% Roggenbr. d. Pos. Landsch. 13.25 + (13.25). Tendenz: unverändert. G = Nachfr., B = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Ums.

Danziger Börse

Danzig, 8. Februar. Scheck London 17.72, Dollarnoten 5.13¾, Reichsmarknoten 121.75, Złotynoten 57.57½.

Im heutigen Devisenverkehr war das englische Pfund wenig verändert; Scheck London notierte 17.70—74, ebenso Auszahlung. Reichsmarknoten lagen wenig verändert mit 121—122½ im Freiverkehr für Noten und Auszahlung Berlin. Dollarnoten 5.13¾. Kabel New York 5.1375. Der Złoty war wenig verändert mit 57.52—63 für Noten und 57.50—57.61 für Auszahlung Warschau.

Warschauer Börse

Warschau, 8. Februar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.90, Goldrubel 494, Tscherwonetz 0.55—0.54 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgrad 15.81, Berlin 211.90, Bukarest 5.34, Danzig 173.70, Helsingfors 13.60, Kopenhagen 169.50, Oslo 167.50, Sofia 6.48, Stockholm 173.00, Montreal 7.70.

Effekten

Es notierten: 3proz. Prämien-Bauanleihe (Serie I) 31.25 (31.50). 4proz. Prämien-Invest.-Anleihe 85 (85). 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 44 (44). 7proz. Stabilisierungs-Anleihe 54 (54).

Bank Polski 99 (100.50), Sole Potasowe 87 (88.50), Lilpop 13.75 (13.50).

Berliner Börse

Amtliche Devisenkurse

	8. 2. Geld	8. 2. Brief	6. 2. Geld	6. 2. Brief
Bukarest	2.522	2.528	2.522	2.528
London	14.46	14.50	14.51	14.55
New York	4.209	4.217	4.209	4.217
Amsterdam	169.58	169.92	169.58	169.92
Brüssel	58.66	58.78	58.67	58.79
Budapest	56.94	57.06	56.94	57.06
Danzig	81.97	82.13	82.02	82.18
Helsingfors	6.474	6.486	6.474	6.486
Italien	21.95	21.99	21.98	22.02
Jugoslawien	7.463	7.477	7.463	7.477
Kaunas (Kowno)	41.93	42.06	41.936	42.06
Kopenhagen	79.87	80.08	79.92	80.08
Lissabon	13.24	13.26	13.24	13.26
Oslo	78.87	79.03	78.92	79.08
Paris	16.57	16.61	16.57	16.61
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485
Schweiz	82.10	82.26	82.10	82.26
Sofia	3.057	3.063	3.057	3.063
Spanien	32.22	32.28	32.97	33.03
Stockholm	81.52	81.68	81.52	81.68
Wien	49.95	50.05	49.95	50.05
Tallin	111.39	111.61	111.39	111.61
Riga	80.92	81.08	80.92	81.08

Amtliche Devisenkurse

	8. 2. Geld	8. 2. Brief	6. 2. Geld	6. 2. Brief
Amsterdam	358.70	360.50	358.60	360.40
Berlin *)	—	—	211.30	212.72
Brüssel	124.14	124.76	124.14	124.76
London	30.65	30.95	30.65	30.95
New York (Scheck)	8.897	8.937	—	—
Paris	35.04	35.22	35.03	35.21
Prag	26.35	26.47	26.35	26.47
Rom	46.32	46.78	—	—
Danzig	—	—	173.27	174.15
Stockholm	—	—	—	—
Zürich	173.76	174.62	173.79	174.65

Tendenz: behauptet.

Ostdevisen. Berlin, 8. Februar. Auszahlung Posen 47.15—47.35 (100 Rm. = 211.19—212.09). Auszahlung Warschau 47.15—47.35. Auszahlung Kattowitz 47.15—47.35; grosse polnische Noten 46.95—47.35.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Am 7. d. Mts. erlöste ein sanfter Tod von seinem langen, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden unsern herzensguten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel, den Bildhauer

Berthold Schoepe

im 61. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Posen, Duisburg, Berlin, Breslau, den 9. Februar 1932.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Paulifriedhofes, ul. Grunwaldzka, aus statt.

Posener Handwerker Verein gegr. 1862

Am 7. Februar d. Js. entriß uns der Tod unser Mitglied Herrn Holzbildhauer

Berthold Schoepe

Am Donnerstag, dem 11. d. Mts., nachm. 4 Uhr werden wir ihn von der Leichenhalle des St. Paulikirchhofes, Grunwaldzka, zur letzten Ruhe begleiten.

Der Vorstand.

Grundstück im Kreise Glatz Reg.-Bez. Breslau gelegen, besteh. aus Sägewerk mit Wohnungen, Wohnhaus, Wirtschaftsgebäude, 6 Morgen Land, zu Bauplätzen bestens geeignet wird ganz oder einzeln aufgeteilt sofort günstig verkauft. Zuschriften erbeten unter P. L. 203 an Annoncen-Landsberger, Breslau 1.

Klavier sofort zu kaufen gesucht. Off. unter 2532 an Geschäftsst. d. Ztg.

Sie haben große Erfolge durch ein zugkräftiges Inserat im „Posener Tageblatt"!

Sofort zu verkaufen: Kunstgärtnerei im Zentrum Posens, 8 Mrg mit Orangerie u. Insektenanlage, in vollem Betriebe mit Fabrikgebäude, geeignet zur Einrichtung jeglicher Branche, infolge Familienverhältnisse. Offerten an **Stefan Strzelczak,** Poznań, Młyńska 2.

4 Zimmer-wohnung neuere Villa (1 Stock), Nähe Diakonissenanstalt **sofort frei!** Monatlich 240 zł, 1/2 Jahr voraus. Offerten u. **2548** an die Geschäftsst. d. Ztg.

2 Deckhengste, ein fünfjähr. Rotschimmel, Bandmaß 1,70, leichte Gänge, Rasse Norf. Brit., gekört, ein vierjähr. Brauner, Bm. 1,80, Rasse echt Belg., hat, sofort zu verkaufen. **R. Gay,** Mąkownica poczta Witkowo pow Gniezno.

Taubheit Ohrensausen, Ohrenfluß heilbar! Verlanget unentgeltlich belehrende Broschüre. Adresse: Eufonja, Liszki koło Krakowa.

Wer Stellung sucht findet diese schnellstens durch die Klein-Anzeige im weit verbreiteten **„Posener Tageblatt"**

Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett)	20	Groschen
jedes weitere Wort	12	„
Stellengesuche pro Wort	10	„
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen	50	„

Eine Anzeige höchstens 50 Worte. Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags. Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Mietsgesuche

2—3 Zimmer-wohnung mögl. im Zentrum gesucht. Off. u. **2545** a. d. Geschst. d. Zt.

Ein in den Ruhestand gehender Reichsbeamter sucht in der Wojewodschaft Poznań am Wasser gelegenes Haus oder Wohnung (5—6 Zimmer) mit gutem Obstgarten und Jagdgelegenheit ab 1. April d. J. zu mieten. Offerten unter **2551** an die Gschst. d. Zeitung.

Möbl. Zimmer

Zimmerchen vom 15. Februar gesucht. Off. u. **2546** a. d. Geschst. d. Zt.

2 gut möblierte **Zimmer** Schlaf- u. Herrenzimmer, Bad, elektr. Licht, Telef., Lift von sofort zu vermieten. Besicht. 2—4 u. 7—8. Plac Wolności 17, Wohn. 18.

An- u. Verkäufe

Weiße Woche 3.90 Złoty Sportoberhemd m. Krawatte Oberhemd, Zephir von 5.90, Smoking-Oberhemd von 6.90, Seidenmarquisette v. 8.90, Taghemd, weiße Leinwand von 2.90, **Beinkleider,** Trikot von 1.90, Hemd, Trikot von 2.50, Herrennachthemd, m. Besatz v. 4 90, Herrensocken von 35 Gr., prima Socken von 65 Gr. Herrensocken in schönen Modefarben von 95 Gr., empfiehlt, solange der Vorrat reicht, in großer Auswahl zu sehr erniedrigten Preisen Wäsche-Fabrik J. Schubert nur Poznań, ul. Wrocławska 3.

Kleedresch-maschinen verleiht G. Scherfke, Maschinenfabrik, Poznań

Blüthner-Flügel wenig gebraucht, sehr preiswert zu verkaufen. B. Sommerfeld Fabriklager: Poznań, ulica 27 Grudnia 15.

Kinder-Bettstelle, Klappstühlchen, Badewanne und Garderobe billig zu verkaufen. ul. Polna 14, Wohn. 4.

Für einen jg. Burschen **Lehrstelle** als Schuhmacher oder Gärtner gesucht. Angeb. an d. evang. Pfarramt Skoki.

Brauchen Sie Geld?

Eine „Klein-Anzeige" im **Posener Tageblatt** bringt Sie rasch mit Kapitalisten in Verbindung!

Pachtung evtl. Kauf einer Landwirtschaft von 180—300 Mrg. gesucht. Bedingung: nur bis 5. Bo enlasse. Off. u. **2547** an die Geschst. d. Zeitg.

Handarbeiten Aufzeichnungen aller Art billigst **Geschw. Streich** jetzt Gwarna 15.

Kaufe Rosenkohl, Rapunzelsalat Dobierski, Gołębia 3.

Stellengesuche

Mädchen mit Näh- u. Kochkenntnissen sucht Stellung v. 15. Februar oder später und für die jüngere Schwester St. llg. als **Kindermädchen** Off. u. **2544** a. d. Geschst. d. Zt.

Mädchen (Polin), für sämtl. Hausarbeiten, mit Kochkenntn., sucht Stellung in besserem deutschen Hause, eventl. zu alleinstehender Person ab 15. Februar oder 1. März Off. u. **2543** a. d. Geschst. d. Zt.

Gärtner für Privathaushalt mit bescheidenen Ansprüchen gesucht. Offerten unt. **2550** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Mädchen evgl., fl., schon in Stellung gewesen 19 Jahre alt, sucht in Stadt- oder Gutshaushalt ab 15. Februar oder 1. März Stellung. Off. u. **2549** a. d. Geschst. d. Ztg.

Aerztl. geprüfte Masseuse **Krankenschwester** empfiehlt sich für medizin. u. kosmetische Massage in und außer dem Hause. Młyńska 2. Wohnung 12. Telefon 5409.

Landwirtstochter, ev., 17 Jahre alt, sucht vom 1. März Stellung als **Haus- oder Kindermädchen** Gutes Zeugnis vorhanden. Zuschriften a. Frau Lehrer Gerke, Padniewo, p. Mogilno.

Junger **Uhrmachergehilfe** evang., 20 J. alt, sucht von sofort oder später Stellung, mögl. bei freier Station. Herbert Groenke Grudziądz, Koszarowa 1.

Nähe elegant, schnell und billig. Time, św. Marcin 48.

Junge 18jähr. Buchhalterin (Stenotypistin), Polnisch und Deutsch sucht Stellg., am liebsten auf einem Gute. Off. u. **2539** a. d. Geschst. d. Zt.

Hausschneiderin empfiehlt sich nur aufs Land in bessere Häuser. Off. u. **2538** a. d. Geschst. d. Ztg.

Der gute Ruf des Posener Tageblattes gibt den Ausschlag!

Weil jeder Posener weiß, daß er die meisten „Kleinen Anzeigen" mit gewohnter Regelmäßigkeit i. „Posener Tageblatt" findet, sucht er sie dort, auch wenn er sonst nicht ständiger Tageblattleser ist. Darauf gründet sich auch der große Erfolg der „Kleinen Anzeigen" im „Posener Tageblatt". Urteilen Sie selbst. Genügt da nicht eine Anzeige im „Posener Tageblatt"?

Verschiedenes

Uebernehme Hausverwaltungen, mit Steuer-, Gerichts- und Meldewesen vertraut, auf Wunsch größere Kaution. Offerten unter 2533 an die Geschst. d. Ztg.

Geldmarkt

20 000 Złoty auf sichere Hypothek gesucht. Freies Grundstück v. 41 ha Gebäude-Feuerversicherung 68000 zł. Off. u. **2542** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Für städtisches Grundstück (Provinz Posen) **4000 Złoty** auf I. Hypothek gesucht. Off. u. **2541** a. d. Geschst. d. Zeitg.

20 000 zł auf I. Hypothek gesucht. 13000 zł Villa Solacz. Miete, evtl. 5 Zimmer-Wohnung und Garten zu übernehmen. Off. unter 2520 an die Geschst. dieser Zeitung.